



Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin  
[kontakt@berliner-frauenbund.de](mailto:kontakt@berliner-frauenbund.de)  
[www.berliner-frauenbund.de](http://www.berliner-frauenbund.de)

V.i.S.d.P: Mechthild Rawert,  
Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Berlin, den 24. Juli 2025

## **Newsletter des BFB 1945 e.V. – Juli 2025**

- I. BFB 1945 e.V. als frauen\*politische Akteurin**
- II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten**
- III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter**
- IV. Verschiedenes aus dem frauen\*- und gesellschaftspolitischem Umfeld**

Liebe Mitfrauen, liebe FLINTA\*, liebe Frauenrechtler\*innen, liebe Engagierte und Interessierte,

ich wünsche allen einen erholsamen und freudvollen Sommer. Mögen wir die Hitze nur dort erfahren, wo wir sie freiwillig aufsuchen. Meine Bitte: Achten wir aufeinander als Nachbar\*innen, Kolleg\*innen, Familienangehörige und fördern auch im Privaten das „soziale Berlin“. Informieren wir uns auch gegenseitig über Berliner und bezirkliche Maßnahmen zum Thema Hitzeschutz (vgl. u.a. <https://www.berlin.de/baerenhitze/>).

- **Wie sichern wir Gleichstellung in Zeiten des Wandels? Wie gestalten Frauen die Zukunft?**

Die Klimakrise, der demografische Wandel, der rasante Fortschritt der Digitalisierung und tiefgreifende Veränderungen in der Arbeitswelt stellen unsere Gesellschaft vor enorme Umbrüche. Inmitten dieses Wandels stellt sich eine zentrale Frage mit zunehmender Dringlichkeit: **Wie kann unter diesen Bedingungen Gender Equality, Geschlechtergerechtigkeit gesichert und weiter vorangebracht werden?** Denn viele und weitreichende Transformationsprozesse verlaufen nicht geschlechterneutral – im Gegenteil. **Frauen und marginalisierte Gruppen sind von strukturellen Ungleichheiten besonders betroffen und laufen Gefahr, bei der Gestaltung der Zukunft übergangen zu werden.**

Um Antworten auf drängende Frage zu finden, führte der Deutsche Frauenrat am 20. Juni die Fachtagung [„Gleichstellung in Zeiten des Wandels – mit Frauen die](#)

[Zukunft gestalten](#)“ in Berlin mit über 150 Teilnehmer\*innen aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Praxis durch. Sie kamen zusammen, um gemeinsam zu diskutieren, wie **Gleichstellung auch in Zeiten dynamischer Veränderungen als Leitprinzip erhalten und gestärkt** werden kann. Sie waren sich einig: **Nur wenn die Perspektiven, Lebensrealitäten und Bedürfnisse von Frauen systematisch in politische und gesellschaftliche Transformationsprozesse einbezogen werden, kann eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft entstehen.**

Eine geschlechtergerechte Zukunft entsteht nicht von allein. Es braucht Weichen, die heute gestellt werden müssen. Wir müssen Alternativen zum Gegenwärtigen entwickeln, müssen klarstellen: **Gleichstellung ist kein Nebenschauplatz, sondern Voraussetzung für eine zukunftsfähige Gesellschaft.**

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, aktiv allen Entwicklungen entgegenzutreten, die erreichte Fortschritte gefährden und eine chancen- und geschlechtergerechte Zukunft verhindern. **Auf Bundesebene braucht es großen Durchsetzungswillen zur Ausgestaltung u.a. der ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie, der Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie oder dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und beim Gewaltschutz.**

### **Gleichstellung als Antwort auf (fast) alle Probleme**

Bieten die aktuellen sozial-ökologischen Transformationen auch eine historische Chance für mehr Frauenrechte und Gleichstellung? **Der Schlüssel zur Lösung vieler gegenwärtiger Herausforderungen ist die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an der Erwerbsarbeit.** Eine geschlechtergerechte Wirtschaftspolitik ist ein Gebot der Fairness und auch ökonomisch notwendig: Für ein gelingendes, klimaneutrales Wachstum braucht es das volle gesellschaftliche Potenzial – und damit auch die systematische Einbindung von Frauen in alle Wirtschaftsbereiche. **Die Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Frauen kann dazu beitragen, Fachkräfteengpässe zu lindern, Innovationspotenziale besser zu nutzen und langfristig zu einem stabileren, gerechteren und leistungsfähigeren Bundeshaushalt führen. Ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik ist nötig:** weg vom tradierten Bild männlich dominierter Leitindustrien, hin zu einer nachhaltigen, inklusiven und zukunftsorientierten Ausrichtung, in der Sorgearbeit, soziale Infrastruktur und Chancengleichheit eine zentrale Rolle spielen.

Auch der vierte Gleichstellungsbericht stellt dar, wie durch eine aktive Gleichstellungspolitik strategische Rahmenbedingungen geschaffen werden können, die es **Frauen und Männern ermöglichen, gleichgestellt an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen teilzuhaben. Es braucht die vorausschauende politische Gestaltung: Gleichstellung muss von Beginn an als Leitprinzip in Transformationsprozesse integriert werde** – sei es in der Klimapolitik, in der Innovationsförderung oder beim Umbau der Arbeitswelt. Der Staat ist gefordert, in eine klimafreundliche öffentliche Daseinsvorsorge zu investieren, die ressourcenschonende und zugleich sozial und geschlechtergerechte Arbeits- und Lebensweisen ermöglicht.

**Es braucht neue Impulse für soziale und geschlechtergerechte Strategien des Wandels, die Teilhabe stärken und Machtkonzentration entgegenwirken. Es braucht eine feministische Zukunftsvision, die Mut macht und das transformative Potenzial feministischer Bewegungen in den Mittelpunkt stellt** und die sozial-okologischen Transformationsprozesse aktiv begleitet. Es braucht aber auch eine aktive politische Steuerung – insbesondere bei den Digitalisierungsprozessen. Ein „Weiter so“ ist keine Grundlage für unsere Demokratie mehr.

**Der Wandel muss aktiv, inklusiv und geschlechtergerecht gestaltet werden:** durch bessere Arbeitsbedingungen, gerechte Teilhabe an Zukunftsbranchen und eine Aufwertung sowie Umverteilung von Sorgearbeit. Die Um- und Neugestaltung in diesen Bereichen bietet die Chance, dass Geschlechtergerechtigkeit von Anfang an als Machtdimension mitgedacht und bei der Gestaltung von Veränderungsprozessen adressiert wird. **Letztlich haben wir die Erkenntnisse längst – wir müssen ins Handeln kommen! Wir erwarten die Erfüllung des Verfassungsauftrages aus Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG und dafür die Verankerung von Gleichstellung als Leitprinzip in allen Ressorts.**

- **Aufpassen vor rechtspopulischen Kampagnen zur Delegitimierung unserer demokratischen Ordnung**

Die im Deutschen Bundestag abgesetzte Wahl von drei Richter\*innen am Bundesverfassungsgericht ist das Ergebnis gezielter Desinformations- und Diffamierungskampagnen rechtspopulistischer Kampagnenportale und rechtsextremer Akteur\*innen. Die Auswahl der Kandidat\*innen erfolgte in den vergangenen Jahren nach einem bewährten, rechtsstaatlichen und fachlich fundierten Verfahren. **Dass diese Kampagnen einen vorläufigen Erfolg erzielt haben, beunruhigt mich sehr.** Denn das klare Ziel ist die Untergrabung des Vertrauens in rechtsstaatliche Verfahren, in die Unabhängigkeit der Justiz und letztlich in die demokratische Ordnung selbst.

- **Aufgabe von Parteien im Hinblick auf die Nominierungen zur Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und den BVVen am 20. September 2026**

Sicherlich sind einige BFB-Mitfrauen bzw. Leserinnen dieses Newsletters auch Mitglieder demokratischer Parteien. Am **20. September 2026** finden **die nächsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den BVVen** statt. Insbesondere Parteifrauen bitte ich darum, dafür Sorge zu tragen, dass die **Parität auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene** hergestellt wird, u.a. indem bei den anstehenden Nominierungen gewährleistet wird, dass **Nominierungslisten mit einer Frau beginnen und auch ansonsten paritätisch zusammengestellt werden** gemäß der Devise „Parität – von der Liste bis ins Parlament“. **Wir brauchen mindestens einen Frauenanteil von 50 Prozent, um strukturelle Gleichstellung machtvoll auszugestalten. Lasst uns die Parität entschlossen angehen JETZT! – das gilt insbesondere für die Politik, da nur diese die Legitimation für eine paritätische Wahlrechtsreform hat.** Wir wollen mehr Frauen in Verantwortung, weil:

- es eine Repräsentanzlücke gibt, die unsere Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig schadet. Parität ist demokratische Notwendigkeit.
- viele familien- und gleichstellungspolitische Fortschritte wurden in der Politik durch Frauen errungen.
- mehr Frauen in der Politik auch die Männer stärken, die heute andere Lebensmodelle als ihre Väter leben wollen. Eine Gleichstellungspolitik, die beide Geschlechter im Blick hat, entsteht nur, wenn Frauen systematisch in allen politischen Feldern mitentscheiden.
- Frauen in der Politik anderen Frauen Mut machen, sich einzubringen und Verantwortung zu übernehmen – auf allen Ebenen und in allen Bereichen.

- **Von der Idee zur Tat: Organisieren wir im Sommer 2026 einen Frauen\*kongress**

Drei/vier Frauen aus unterschiedlichen Vereinen haben diese Idee geboren – weitere Planungen starten erst ab Mitte August. Welche Frau\*, welcher Verein hat Lust, Zeit und Kapazität, diese Idee zu realisieren?  
Interessensbekundungen bitte einfach an mich.

**Ich möchte gleich mehrmals herzlich gratulieren:**

- Dem **Berliner Frauenbund 1945 e.V. zum 80jährigen Bestehen. Er wurde am 21. Juli 1945 gegründet.** (Mehr dazu unter BFB 1945 e.V. als frauen\*politische Akteurin)
- Die diesjährige „**Louise-Schroeder-Medaille**“ wurde in einer Feierstunde am 19. Juni 2025 an „**Flotte Lotte - Frauen und Mütter im Berliner Norden e.V.**“ verliehen. „Durch die besondere Nähe zu den Frauen und ein feines Gespür für ihre Lebensrealitäten kommt die Unterstützung genau dort an, wo sie gebraucht wird. Flotte Lotte e. V. gibt betroffenen Frauen nicht nur Raum für Austausch und persönliche Entwicklung, sondern vor allem etwas ganz Wesentliches: Hoffnung und Geborgenheit“, so Cornelia Seibeld, Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin.
- Der **Landesfreiwilligenagentur Berlin** zu ihren beiden **neuen Geschäftsführerinnen** Susanne Eckhardt und Julia Finsterwalder. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

**Und meine Bitten:** Stöbern Sie auf der [Website des Berliner Frauenbund 1945 e.V.](https://berliner-frauenbund.de/) und abonnieren Sie unseren lesenswerten Newsletter unter <https://berliner-frauenbund.de/newsletter/> . Nicht immer habe ich die Chance, ihn über große Verteiler zu versenden. Nehmen Sie teil an unserem aktiven Vereinsleben – am besten: [Werde Mitglied.](#)

Mit feministischen Grüßen  
Mechthild Rawert

## **I. BFB 1945 e.V. als frauen\*politische Akteurin**

### **1. BEWERBUNG spätestens bis zum 27.07.2025**

#### **Stellenangebot: Referent\*in (m/w/d) für Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege im betrieblichen Kontext**

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für seine Fachstelle Vereinbarkeit Beruf | Familie | Pflege eine neue Referentin. Die von der Zuwendungsgeberin bewilligte Arbeitszeit beträgt 25 Stunden pro Woche und die Vergütung erfolgt in Anlehnung an TV-L E 12. Der Arbeitsort ist die überbezirkliche Beratungseinrichtung KOBRA, Kottbusser Damm 79, 10967 Berlin.

Der BFB 1945 e.V. wertschätzt Vielfalt. Wir begrüßen daher die Bewerbung aller Interessierten unabhängig von der Herkunft, ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität oder einer Behinderung und aller Menschen mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte, *People of Color* sowie Schwarzer Menschen. Wir freuen uns darauf, Sie kennenzulernen und auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit!

**Die komplette Stellenausschreibung finden Sie unter:** [https://berliner-frauenbund.de/wp-content/uploads/2025/06/240211-KOBRA\\_Stellenausschreibung\\_Referentin\\_VE.pdf](https://berliner-frauenbund.de/wp-content/uploads/2025/06/240211-KOBRA_Stellenausschreibung_Referentin_VE.pdf)

### **2. Öffentliche Mitgliederveranstaltung: Gleichstellungspolitische Entwicklungen in der EU und Deutschland**

Wir wissen: EU-Mittel haben für Berlin in vielfacher Hinsicht eine strategische Bedeutung. Die EU-Förderung ist oftmals entscheidend für die Umsetzung sozialer Projekte, die Integration in den Arbeitsmarkt, die Unterstützung innovativer Vorhaben und die finanzielle Stärkung des Unternehmer\*innentums von Frauen. Um sich auf die neuen Förderperioden einzustellen, fand am 16. Juli 2025 die äußerst interessante Diskussionsveranstaltung

**„Gleichstellungspolitische Entwicklungen in der EU und Deutschland“ in den Räumlichkeiten des Berliner Frauenbund 1945 e.V. mit Renate Wielpütz**, Politikwissenschaftlerin, Vertreterin des BFB 1945 e.V. im Berliner Begleitausschuss für die EU-Strukturfonds und in der CEDAW-Allianz Deutschland statt.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Gleichstellungspolitik in der EU ist eine gute Gleichstellungsstrategie mit Vorgaben für den gleichstellungspolitischen Doppelansatz. Die Mechanismen des Gender Mainstreaming / Gender Budgeting und der spezifischen Aktionen sind als Basis im Primärrecht der EU verankert.

Am 16.7.2025 wurde der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) ab 2028 als Entwurf der EU-Kommission durch die EU-Kommissionspräsidentin vorgestellt. Vieles zur Zukunft des Budgets oder zur Gleichstellung der Geschlechter in der EU ist noch nicht geklärt bzw. zwischen der Europäischen Kommission, dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament nicht zu Ende verhandelt - das betrifft auch die Kohäsionspolitik ab 2028. Diese ist im EU-Kontext von besonderer

Bedeutung, da bisher viele gleichstellungspolitische Strategien und Maßnahmen in der Regel aus den Kohäsionsfonds - v.a. dem Europäischen Sozialfonds - finanziert wurden.

**Wichtig aus der Gleichstellungsperspektive ist es derzeit, die parallel verlaufenden und teilweise unverbundenen Vorkehrungen und Diskurse sowohl zum MFR einerseits als auch zur Gleichstellungspolitik andererseits in den Blick zu nehmen, z.B. zur neuen Gleichstellungsstrategie der EU ab 2026 oder zum Gender Budgeting im MFR ab 2028.**

Ausführlichere [Informationen zur Diskussion im Berliner Frauenbund 1945 e.V. am 16.07.2025: „Gleichstellungspolitische Entwicklungen in der EU und Deutschland“](#) gibt es hier.

Die Mitgliedschaft von Renate Wielpütz im [Berliner Begleitausschuss für die EU-Strukturfonds](#) wurde im von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe herausgegebenen „**ESF + Newsletter 02-25**“ (dieser kann abonniert werden unter: <https://senatsverwaltung.e-mailnews.de/hp/AzYWTI7uMLUFLO7rrMsxTw/ESFAnmeldeseite>) gleich zweimal lobend hervorgehoben:

- **„Gender Budgeting im Berliner ESF+-Programm: mehr Transparenz und Gleichstellung**

Im Berliner ESF+-Programm 2021–2027 wird seit 2024 alle zwei Jahre ein Gender-Budgeting-Bericht veröffentlicht. Ziel ist es, die Gleichstellung der Geschlechter systematisch in Planung, Umsetzung und Bewertung der Fördermaßnahmen zu verankern und die finanzielle Dimension der Gleichstellung transparent darzustellen. Berlin ist damit Vorreiter unter allen deutschen Bundesländern. Initiativen wie diese gehen auch auf das langjährige Engagement zivilgesellschaftlicher Akteurinnen zurück. So hat sich insbesondere die Vertreterin des Berliner Frauenbunds 1945 e.V., Renate Wielpütz, früh und nachdrücklich für die Einführung eines Gender Budgeting eingesetzt.

Die aktuellen Auswertungen zeigen: Frauen machen einen höheren Anteil der Teilnehmenden im ESF+ aus und erhalten auch einen größeren Anteil der Fördermittel als Männer – wenn auch der Unterschied bei den Mitteln geringer ausfällt.

Die Datenbasis ist derzeit noch begrenzt, da der ESF+ verspätet gestartet ist. Mit fortschreitender Umsetzung wird die Analyse künftig belastbarer sein und wichtige Erkenntnisse für eine geschlechtergerechte Programmsteuerung liefern.“

- **Gleichstellung im Fokus: ESF+ in Berlin  
Kurzbericht zur Veranstaltung „Der ESF+ in 60 Minuten“ am 24.03.2025**

Renate Wielpütz vom Berliner Frauenbund 1945 e.V. gab einen fundierten Überblick über die Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen des ESF+-Programms Berlin 2021–2027. Die Präsentation behandelte zentrale rechtliche Grundlagen auf EU-, Bundes- und Landesebene, den gleichstellungspolitischen Doppelansatz (Gender Mainstreaming + spezifische Maßnahmen) sowie die praktische Integration in den gesamten Projektzyklus – von der Planung über die Umsetzung bis zur Evaluation.

Anhand von Best-Practice-Beispielen wie „Fair Balance works“, „Digital Empowerment“ oder „Gendersensible Berufsorientierung“ verdeutlichte sie, wie Gleichstellung aktiv in Förderprojekte integriert werden kann. Dabei spielen Genderkompetenz, gezielte Zieldefinitionen und Gender Budgeting eine zentrale Rolle. Die Veranstaltung machte

deutlich: Gleichstellung ist nicht nur ein Querschnittsziel, sondern ein essenzieller Baustein für nachhaltige, inklusive Projektförderung im Rahmen des ESF+.“

**Der BFB 1945 e.V. gratuliert Renate Wielpütz herzlich zu dieser öffentlichen Wertschätzung. Es zeigt sich immer wieder, wie wichtig es ist: In allen Gremien braucht es feministisch engagierte Menschen, die sich kompetent und mit viel Überzeugungskraft für Gleichstellung in allen Förderbereichen einsetzen!**

**Hinweis:** Ich bitte **um Beteiligung bis zum 11. August bei der Öffentlichen Konsultation zur Europäischen Gleichstellungsstrategie 2026-2030** unter <https://www.nksgesundheits.de/de/Offentliche-Konsultation-zur-Europaischen-Gleichstellungsstrategie-2026-2030-3517.html> . Jeder muss **sich auch selbst für die uneingeschränkte Verwirklichung der Frauenrechte in ganz Europa einsetzen!**

### **3. Gratulation zu deinem 80sten, lieber Berliner Frauenbund 1945**

Am 21. Juli 1945, nur wenige Wochen nach dem Ende des 2. Weltkriegs und der Befreiung Deutschlands von der Naziherrschaft, gründeten 34 weitsichtige Frauen den Deutschen Frauenbund 1945 (heute Berliner Frauenbund 1945 e.V.). Zur Gründungsversammlung in die geschichtsträchtigen Räume des Helene-Lange-Archivs in der Prinzregentenstraße 89 hatte Dr. Agnes von Zahn-Harnack eingeladen, die auch zur Vorsitzenden gewählt wurde. Weitere Vorstandsmitglieder sind Frau Prof. Paula Hertwig (2.Vorsitzende), Annamarie Doher (3. Vorsitzende) und Isa Gruner (Schatzmeisterin).

Die Argumente, mit denen Agnes von Zahn-Harnack für die Neugründung einer Frauenorganisation warb, sind auch aus heutiger Sicht so ehrgeizig wie zukunftsweisend. Ein solcher Zusammenschluss sei in mehrfacher Hinsicht nötig:

- um den Frauen selbst einen Meinungs-austausch untereinander zu ermöglichen,
- um eine zentrale Stelle zu haben, die auf Anregungen eingeht, Vorschläge und Pläne ausarbeitet,
- um verhandlungsfähig gegenüber den Behörden zu sein,
- um das gesamte Frauenleben von einer zentralen Stelle aus zu beobachten, Schäden und Gefahren rechtzeitig zu erkennen und abzustellen, und
- um die internationale Zusammenarbeit gegebenerzeit wieder aufzunehmen“.

Das Wort 1945 in dem Namen der vorgeschlagenen Neugründung einer Frauenorganisation sei schon Programm und Zielsetzung – da waren sich die Anwesenden einig und bildeten tatkräftig als eine der ersten Maßnahmen Arbeitsausschüsse, „um sofort in die praktische Arbeit hineinzusteigern. Es sei nötig, daß die Frauen diesmal mit ihren Vorschlägen nicht zu spät kämen und nicht erst hineingezogen werden, wenn alles bereits beschlossen sei.“ Den Vorsitz des sozialen Arbeitsausschusses übernimmt Frau Dr. Corte, den des juristischen Arbeitsausschusses Frau Dr. Schulte-Langforth, den medizinischen Ausschuss führt Frau Dr. Hoffmann, den Arbeitsausschuss zur Wiederaufnahme der

internationalen Beziehungen Frau Margarete Gärtner. Daneben wird ein pädagogischer Arbeitsausschuss gebildet.“

### **Feier im Café „When Dreams Come True“**

Nicht weit von der Prinzregentenstraße 89 haben wir am 21. Juli 2025 bei Kaffee und Kuchen im Cafe „WHEN DREAMS COME TRUE“ die Gründung des Berliner Frauenbund 1945 e.V. gefeiert.

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. hat starke Wurzeln im Widerstand bürgerlicher Frauen gegen den Nationalsozialismus. Darauf verwies Bianca Walther, Historikerin und Podcasterin, die äußerst spannend zu dem Frauenpolitischen Aufbruch in der unmittelbaren Nachkriegszeit und den zeithistorischen Hintergründen der Vereinsgründung am Beispiel einzelner wichtiger Akteurinnen referierte. Außerdem sind immer mitzudenken: Berlin lag 1945 in Schutt und Asche, es gab für viele Wohnungsnot und Hunger.

Der Gründung des BFB 1945 e.V. zu gedenken, bedeutet, aus dem mutigen Aufbruch dieser Frauen und dem nicht nachlassendem Einsatz aller ihnen nachfolgender Frauen Kraft zu schöpfen. Das gibt Motivation und Ideen für die demokratische und geschlechtergerechte Zukunft, so Bianca Walther.

### **Würdigung weitsichtiger Demokratinnen**

#### **Dr. Agnes von Zahn-Harnack, 1. Vorsitzende (1884 - 1950)**

Agnes' jüngerer Bruder Ernst wurde 1945 wegen seiner Teilnahme am Attentat vom 20. Juli 1944 hingerichtet, ebenso schon zuvor ihr Cousin Arvid Harnack 1942 und dessen Frau Mildred 1943 als Mitglieder der Roten Kapelle. Agnes von Zahn-Harnack hatte zwei Söhne, ihre Tochter verstarb schon früh.

Eine ausführliche Lebensbetrachtung ist nachzulesen in der [Online-Dokumentation „Vom Nähfaden bis zur Atombombe ist alles Politik“ - Jubiläumsveranstaltung im Rathaus Schöneberg am 19.09.2024](#), daher hier nur in Kürze:

- Sie war am 6. Oktober 1908 die erste Frau, die sich in die Immatrikulationslisten der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin eintrug. Sie studierte bis 1912 Germanistik, Anglistik und Philosophie und schloss ihr Studium mit der Promotion zum Dr. phil. ab.
- Am 11. Mai 1926 gründete sie in Berlin den Deutschen Akademikerinnenbund (DAB) mit.
- 1931 wurde sie Vorsitzende des Frauendachverbandes „Bund Deutscher Frauenvereine“. Sie sorgte in einer Nacht- und Nebelaktion dafür, dass sich dieser 1933 selbst auflöste, um nicht im Rahmen der „Gleichschaltung“ von den NS-Organisationen absorbiert zu werden.
- Mit der Gründung des „Deutschen Frauenbund“ (später „Berliner Frauenbund 1945 e. V.“) wurde ein Verein gegründet, dessen Hauptziel nicht nur in caritativer Arbeit liegen sollte. Die Gründerinnen befürworteten „eine Zielsetzung auf weite Sicht“, vor allem die aktive politische Beteiligung von Frauen.

#### **Margarete Friedenthal (1871-1957)**

Alterspräsidentin der Gründungssitzung am 21. Juli 1945 war Margarete Friedenthal. Diese gehört zu den weniger bekannten deutschen Frauenrechtlerinnen, u.a. da ihr Engagement durch das ihrer prominenten Lebensgefährtin, der Frauenrechtlerin Anna

Pappritz (1861-1939) überstrahlt wird. Margarete Friedenthal agierte als Bindeglied zwischen der „gemäßigten“ und der „radikalen“ bürgerlichen Frauenbewegung.

Mehr zu Margarete Friedenthal unter <https://biancawalther.de/margarete-friedenthal-und-die-arbeiterinnen/>

### **Annamarie Doherr, 3. Vorsitzende (1909-1974)**

Annamarie Doherr wurde in Hamburg geboren, begann dort 1929 ein Studium der Rechtswissenschaften, welches sie 1933 ohne Abschluss beendete. Sie engagierte sich in der Frauenbewegung. 1929 bis November 1933 schrieb sie für die Zeitschrift Die Frau. In der Zeit des Nationalsozialismus publizierte sie in Die Tat, Deutsche Zukunft, Die Hilfe und Der Ring. 1942 zog sie nach Berlin, wo sie Redakteurin des Wirtschafts-Ring wurde. Nachdem die Zeitschrift eingestellt worden war, war sie ab April 1943 Redakteurin bei der gleichgeschalteten Transocean-Europapress-Zentralredaktion. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs arbeitete sie ab August 1945 für den sowjetisch kontrollierten Berliner Rundfunk. Sie verließ diesen 1949 und wurde West-Berliner Korrespondentin der Frankfurter Rundschau, für die sie mehr als 20 Jahre arbeitete. Berühmt wurde sie, als sie am 15. Juni 1961 auf einer internationalen Pressekonferenz mit ihrer Nachfrage vom DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht die geschichtsträchtige Lüge „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“ provozierte.

Annamarie Doherr starb im Alter von 65 Jahren in West-Berlin an einem Herzinfarkt und ist an der Seite ihrer Lebensgefährtin, der Künstlerin Lizzie Hosaeus, auf dem St.-Annen-Kirchhof bestattet (Reihe 32).

### **Isa Gruner, Schatzmeisterin (1897-1989)**

Isa Gruner war eine in Ausbildung und Praxis wie in der bürgerlichen Frauenbewegung engagierte Sozialarbeiterin und Dozentin. Sie lehrte im Verein Jugendheim Charlottenburg, leitete das Landjugendheim Finkenkrug, war berufs- und frauenpolitisch tätig und im Widerstand im Nationalsozialismus aktiv.

Sie absolvierte 1914-1915 eine Ausbildung zur Kindergärtnerin am Pestalozzi-Fröbel-Haus in Berlin-Schöneberg und lernte dort Anna von Gierke kennen, ihre spätere Arbeits- und Lebensgefährtin kennen. 1929 erlangte sie an der Wohlfahrtsschule des Sozialpädagogischen Seminars des Vereins Jugendheim Charlottenburg e.V die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin im Hauptfach Jugendwohlfahrt. Sie arbeitete in der Stadt Guben als leitende Fürsorgerin, krhtzr 1929 auf Wunsch von Anna von Gierke nach Berlin zurück und unterrichtete an der Wohlfahrtsschule des Vereins Jugendheim Charlottenburg, die „unterdessen bis zu 800 Schülerinnen unterrichtet“. Sie engagierte sich zudem für den Stadtverband der Berliner Frauenvereine.

Der Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 bedeutete für Isa Gruner einen radikalen Umbruch. Anna von Gierke wurde mit Verweis auf die jüdische Abstammung ihrer Mutter aus allen Ämtern verdrängt und auch sie wegen ihrer Parteinahme zu Anna von Gierke im März 1934 entlassen. Isa Gruner und Anna von Gierke mussten ihre Wohnungen im Haus des Jugendheims verlassen und kamen im Elternhaus von Gierkes in der Carmerstraße 12 unter, wo sie bis zum Tod Anna von Gierkes im April 1943 zusammenlebten. Während der Nazi-Diktatur war Isa Gruner weiter als pädagogische Referentin und Autorin tätig.

Isa Gruner und Anna von Gierke arbeiteten nach ihrer Entlassung iin der Wohnung in der Carmerstraße und im zum Verein Jugendheim Charlottenburg gehörenden Landjugendheim Finkenkrug illegal weiter, um verfolgten Menschen, insbesondere jüdischen Kindern zu helfen, Sie übernahm 1934 die – illegale – Leitung des Landjugendheimes Finkenkrug und gewährte dort Kindern Schutz, deren Eltern aus rassistischen oder politischen Gründen verfolgt wurden, insbesondere jüdischen Kindern.

Für die Kinder organisierte Isa Gruner mit Kolleginnen und Quäkern Transporte nach Süd-England, Schweden und in die USA. Für ein jüdisches Mädchen, dessen Mutter im KZ Ravensbrück ermordet worden war, übernahm sie die Vormundschaft.

Das Haus in der Carmerstraße wurde zu einem Zufluchtsort für Verfolgte und Treffpunkt für Widerständige. Bis zu ihrem Verbot 1942 fanden hier regelmäßig Mittagstische, Vortragsabende und sogenannte Teegesellschaften statt, mit religiösen, historischen und politischen Vorträgen, und regimiekritische Diskussionen. Im Haus verkehrten Alice Salomon, Gertrud Bäumer, Lina Mayer-Kulenkampff, Agnes und Elisabeth von Zahn-Harnack, Martin Niemöller, Elisabeth Schmitz, Elisabeth von Thadden und viele mehr. Nach einer Denunziation durch einen Gestapospitzel wurden Teilnehmer\*innen im Anschluss an eine Teegesellschaft im Januar 1944 festgenommen, einzelne später hingerichtet. Isa Gruner entging diesem Schicksal, da sie zu dem Zeitpunkt verreist war.

Isa Gruner blieb nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft im Landjugendheim Finkenkrug. Als dieses 1950, in der DDR liegend, von den neuen Machthabern enteignet und aufgelöst wurde, floh Isa Gruner mit 15 Heimkindern nach West-Berlin. Mit Spenden, u.a. von Elly Heuss-Knapp und Marie Elisabeth Lüders, errichtete sie in Berlin-Zehlendorf ein Kinderheim und betreute dort Kinder aus unterstützungsbedürftigen Familien. Später war sie am Aufbau und Betrieb des Nachbarschaftsheimes Mittelhof in Zehlendorf, der Albert-Schweitzer-Kinderdörfer in Berlin und zahlreicher Verbandsstrukturen beteiligt.

Ab 1948 unternahm Isa Gruner Reisen ins Ausland, besuchte Tagungen verschiedener internationaler Vereinigungen und traf emigrierte Freundinnen wieder. Sie besuchte Alice Salomon, die im Jahr 1937 als 65-Jährige durch die Gestapo zur Emigration gezwungen worden war, noch kurz vor deren Tod 1948 in New York.

### **Martha Mosse „Justiziarin“ (1884-1977)**

Martha Mosse entstammt einer der bekannten deutsch-jüdischen Familien des Großbürgertums. Jüngst erschienen ist das Buch von Elisabeth Wagner „Die Mosse-Frauen“.

- Sie besuchte zunächst als Gasthörerin juristische Vorlesungen in Heidelberg und Berlin. Trotz fehlendem regulären Studienabschluss wurde ihr in Heidelberg gestattet, mit der Dissertation Erziehungsanspruch des Kindes im August 1920 zum Dr. jur. zu promovieren. Sie arbeitete anschließend u.a. am Amtsgericht Berlin-Schöneberg und im Preußischen Wohlfahrtsministerium.
- Im August 1922 wurde sie in das Polizeipräsidium Berlin berufen und wurde aufgrund ihrer guten Leistungen zur Polizeirätin befördert. Sie war somit die erste Polizeibeamtin des Höheren Dienstes (Polizeirat) in Preußen.
- Als Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung wurde sie im NS-Staat mit Berufsverbot belegt und 1943 in das Ghetto Theresienstadt deportiert. Sie überlebte den Holocaust und sagte später als Zeugin in den Nürnberger Prozessen aus.
- Sie lebte seit Mitte der 1920er Jahre mit ihrer nichtjüdischen Partnerin Erna Sprenger gemeinsam in Berlin-Halensee.

In Kürze informierte Bianca Walther auch über Elisabeth Schiemann (1881-1972 und Marie-Elisabeth Lüders (1878 - 1966).

Eine anschließende Anmerkung von mir: Am 20. Juli findet das jährliche Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Berlin im Jahr 1944 statt. Das ist richtig und wichtig. Zumeist ehren hier aber Männer Widerstandskämpfer, als ob nicht auch etliche Frauen direkt am

Widerstand gegen das NS-Regime beteiligt gewesen wären bzw. als ob die Widerstandskämpfer keine Familienangehörigen gehabt hätten. Nach den Hinrichtungen der am missglückten Attentat auf Adolf Hitler beteiligten Männer um Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg wurden ihre Familien verfolgt, die Ehefrauen kamen ins Gefängnis, die Kinder in Heime und wurden jahrelang als „Verräterkinder“ gebrandmarkt, es gab auch lange nach Kriegsende keine finanzielle Unterstützung, haben Ehefrauen jahrelang um die Rehabilitierung ihrer hingerichteten Männer gekämpft. Die offizielle Erinnerungskultur unseres Staates ist um diese häufig noch unsichtbaren Frauen, die viel Zivilcourage und Stärke bewiesen haben, zu bereichern.

#### **4. Doppelhaushalt 2026/2027**

Der Berliner Senat hat am 22.7.2025 seinen Haushaltsentwurf für die Jahre 2026/2027 vorgelegt. Aufgrund der Aufstockung durch Bundesmittel und der Aufnahme neuer Schulden auf der Grundlage der bundesweiten Reform der Schuldenbremse, fallen die Kürzungen für die Senatsverwaltungen und Bezirke als auch die zuwendungsgeförderten Träger des „sozialen Berlins“ geringer aus, als bislang befürchtet.

Es finden aber Kürzungen statt: So muss die Abteilung Frauen und Gleichstellung der Senatsverwaltung Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung 2,574 Millionen einsparen. Letztendlich gehe ich von Kürzungen unter 2 Prozent für die Projekte KOBRA und Netzwerk Alleinerziehende in Friedrichshain-Kreuzberg aus. Konkretes kann dann erst frühestens Mitte/Ende August annähernd beantwortet werden. Mich interessiert vor allem: Wird es drastische Versorgungslücken in der Frauen(projekte)infrastruktur geben?

#### **5. Position: „Wir fordern: Die Sondervermögen müssen auf Gleichstellung einzahlen!“**

Wir haben uns im BFB 1945 e.V. auch mit der im März 2025 vom Deutschen Bundestag getroffenen Entscheidung zum 500 Mrd – Sondervermögen für Investitionen in die Infrastruktur und zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 beschäftigt. Wir begrüßen, die damit verbundenen kreditfinanzierten Rekordinvestitionen in Schulen, Kitas und Krankenhäuser, für moderne Bahnstrecken, Brücken und Straßen, für den Klimaschutz und die Digitalisierung auf allen föderalen Ebenen. Die beschlossenen Sondervermögen stärken auch die Länder und Kommunen.

Wir fordern, dass das gesamte Sondervermögen einem Gender Mainstreaming und einem Gender Budgeting-Verfahren unterzogen wird. Das bietet die Chance und ist zugleich Verpflichtung für den Gesetzgeber, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen\* und Männern\*, von allen Geschlechtern deutlich und nachhaltig voran zu bringen.

Die gesamte Position mit ihren Forderungen und ihren Beispielen ist nachzulesen unter: <https://berliner-frauenbund.de/positionen/>

## **6. Wie gendern wir Maßnahmen, Aktionen im Kontext Klimawandel, Klimaanpassung, Klimaschutz – auch eine Herausforderung für unseren Frauenverein?**

Während der Jahreshauptversammlung am 21.5.2025 begann die noch nicht abgeschlossene Diskussion, ob es auch eine Aufgabe des BFB 1945 e.V. werden könnte, sich verstärkt der sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft zuzuwenden. Die Präsentation des und Diskussion zum Vierten Gleichstellungsbereich – vgl. Newsletter Juni – erfolgte als erster Aufschlag.

Beeindruckend war die Veranstaltung "Unsichtbar in der Hitzewelle: Unterstützungsmöglichkeiten für vulnerable Gruppen" des Zentrum KlimaAnpassung (ZKA):

- ZKA: <https://zentrum-klimaanpassung.de/media/2131/download?inline>
- Dr. Julia Teebken (LMU München): <https://zentrum-klimaanpassung.de/media/2132/download?inline>
- Dr. Julia Schoierer (ecolo): <https://zentrum-klimaanpassung.de/media/2133/download?inline>
- Annett Olcha (BÄR meets ADLER e.V.) <https://zentrum-klimaanpassung.de/media/2148/download?inline>
- Katharina Pätzold (Stadt Hannover) <https://zentrum-klimaanpassung.de/media/2134/download?inline>
- Anna-Sofia Knieling (BAG Selbsthilfe e.V.) <https://zentrum-klimaanpassung.de/media/2135/download?inline>

Jeder einzelne Vortrag wurde rege diskutiert und im Chat wurden auf weitere Informationen hingewiesen:

- Vierter Gleichstellungsbericht: <https://www.gleichstellungsbericht.de/gleichstellungsberichte/vierter-gleichstellungsbericht/>
- ZURES Projekt: <https://www.project.uni-stuttgart.de/zures/>
- Leitfaden für inklusive Beteiligung (Leuphana Universität): <https://pubdata.leuphana.de/server/api/core/bitstreams/49420b78-dcc6-469f-8dd7-c256398f6c0c/content>
- Kommunikationsleitfaden Frauen vor Hitze schützen [https://hitzeservice.de/wp-content/uploads/2025/06/Kommunikationsleitfaden Frauen-vor-Hitze-schuetzen Barmer.pdf](https://hitzeservice.de/wp-content/uploads/2025/06/Kommunikationsleitfaden_Frauen-vor-Hitze-schuetzen_Barmer.pdf)
- Mach-Mal-Platz-Initiative Berlin Wedding <https://machmalplatz.org/>
- Projekt GoingVis <https://www.goingvis.de/>

**Um die Idee / Herausforderung weiter zu verfolgen, fehlen uns beim BFB 1945 e.V. aber noch Mitstreiterinnen.WER MACHT MIT?**

#

## 7. Save the Dates

Wir machen im August Sommerpause. Ich möchte euch schon jetzt auf folgende Save the Dates nach der Sommerpause aufmerksam machen. Ausführlichere Informationen zu den nachfolgenden Veranstaltungen werden demnächst auf unserer Website <https://berliner-frauenbund.de> zu finden sein.

- **12. September 2025**

**„Jubiläumsfest zu 35 Jahre des Projektes „Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben (kurz: Die Löwin)“**

wann: am Freitag, den 12.09.2025, 16:00 – 20:30 Uhr

wo: Bundesstiftung Gleichstellung, Karl-Liebknecht-Str. 34, 10178 Berlin

- **17. September 2025**

**„Wie stärkt der Doppelhaushalt 2026/2027 die frauen-, gleichstellungs- und genderpolitische Fraueninfra(projekte)struktur Berlins?“**

wann: Mittwoch, den 17. September 2025, 18.00 – 21 Uhr

wo: Berliner Frauenbund 1945 e.V., Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin

- **15. Oktober 2025**

**Arbeitsmarkt für alle? Ausschlüsse und Perspektiven für Frauen mit Fluchterfahrung und/oder Migrationsbiografien**

**Wie inklusiv ist der deutsche Arbeitsmarkt wirklich? Welche strukturellen Hürden stehen geflüchteten und migrierten Frauen im Weg – und welche Lösungen braucht es?**

Wann: 15. Oktober 2025 von 14:00-18:30 Uhr

Wo: Staatliche Bibliothek Friedrichshain-Kreuzberg "Pablo Neruda"  
Frankfurter Allee 14A, 10247 Berlin

- **15. Oktober 2025**

**Frauenträger vernetzen sich (Arbeitstitel)**

wann: Mittwoch, den 15. Oktober 2025, 18.00 – 21 Uhr

wo: Berliner Frauenbund 1945 e.V., Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin

- **10. November 2025**

**Fachveranstaltung: „Die vergessene Fachkraft – Alleinerziehende“**

Wann: Montag, 10. November 2025, 13:30 – 16:30 Uhr (Einlass ab 13:00 Uhr)

wo: Frizz Forum, Friedrichstraße 23, 10969 Berlin

- **19. November 2025**

**Frauen und Geld (Arbeitstitel)**

wann: Mittwoch, den 19. November 2025, 18.00 – 21 Uhr

wo: Berliner Frauenbund 1945 e.V., Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin

## **II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten**

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. ist Mitglied in verschiedenen Bündnissen bzw. Verbänden. Wir sind überzeugt, dass es richtig und wichtig ist, sich zu vernetzen, um so mit größerer Power Positionen in Politik und Zivilgesellschaft zu transportieren und hoffentlich auch durchzusetzen.

### **1. Finanzierung des sozialen Berlins**

Als Mitglied des Paritätärs Berlin informieren wir über dessen Aufruf „Bündnis für ein soziales Berlin – gegen Kürzungen in der sozialen Infrastruktur und für die Gleichbehandlung der Arbeit bei freien Trägern!“. Mehr dazu unter: <https://nextcloud.paritaet-berlin.de/s/7E6TtSSYaJbkBbz>

### **2. Projektvorstellung Branchendialog 4B**

Als Mitglied des Arbeitgeber\*innenverband Beschäftigung, Bildung und Beratung in Berlin e.V. (AGV 4B) haben wir in den vergangenen Newslettern schon häufiger über die Absicht der Erstellung eines geschlechtergerechten Tarifvertrages für die obigen Branchen berichtet. Seitdem ist einiges passiert:

Im April 2025 ist das vom ESF Plus und dem BMAS geförderte Projekt "Sozialer Dialog Beschäftigung, Bildung und Beratung in Berlin" kurz Branchendialog 4B: gestartet.

Das Projekt unterstützt die im Januar 2024 vereinbarte Brancheninitiative von ver.di und dem Arbeitgeber\*innenverband Beschäftigung, Bildung und Beratung in Berlin e. V. (AGV 4B), deren Ziel es ist, die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen zu stärken sowie einen innovativen, geschlechtergerechten Tarifvertrag zu entwickeln und diesen dauerhaft in der Branche zu verankern.

Durch spannende Workshops, Qualifizierungen und Beratungsangeboten werden in der dreijährigen Projektlaufzeit möglichst viele Unternehmer\*innen, Personalverantwortliche und Beschäftigten erreicht. Gemeinsam werden wir uns für die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Arbeitsbedingungen aller Beteiligten in geförderten Projekten der Branche einsetzen.

Am 07.07.2025 fand die erste Auftaktveranstaltungen "Für bessere Arbeitsbedingungen – die Branche im Dialog" unter der Beteiligung vieler interessierter Vertreter\*innen von KMU und Beschäftigten statt.

Alle, die sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in unserer Branche engagieren möchten, sind herzlich eingeladen, dabei zu sein und aktiv mitzuwirken. Um keine Neuigkeiten zu verpassen, folgen Sie dem Projekt Branchendialog auf LinkedIn.

Die Auftaktveranstaltungen im August:

- 08.08.25 09:00 Uhr bis 12:00 Uhr  
Anmeldung unter: <https://eveeno.com/236678825>
- 19.08.25 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr  
Anmeldung unter: <https://eveeno.com/218018729>
- 27.08.25 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr  
Anmeldung unter: <https://eveeno.com/302442487>

Gern können Sie sich auch mit einer E-Mail an [branchendialog@agv4b.de](mailto:branchendialog@agv4b.de) anmelden. Sie erreichen das Projektteam hier: Silbersteinstraße 29 (1. OG), 12051 Berlin-Neukölln; Tel.: 030 544 539 26 0

Erarbeitet werden soll aus dem Branchendialog heraus ein geschlechtergerechter Tarifvertrag. Laut der DGB-Bezirksfrauenkonferenz 2025 „Gleichstellung ist kein Sparposten“ ist „Faire Arbeit – faier Verteilung“ ein intensiver Arbeitsschwerpunkt: „Frauen sind in Berlin und Brandenburg überdurchschnittlich oft in Teilzeit, in systemrelevanten, aber unterbezahlten Berufen oder in unsicheren Beschäftigungen tätig. Die DGB-Frauen fordern geschlechtersensible Arbeitsmarktpolitik, flächendeckend gute Sorgeinfrastruktur und eine faire Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Dazu gehört auch die konsequente Bekämpfung von Sexismus und Gewalt am Arbeitsplatz sowie bessere Weiterbildungs- und Aufstiegschancen für Frauen.“ Mehr dazu unter: <https://berlin-brandenburg.dgb.de/bereiche/gesellschaft/frauen/++co++a5583e84-6308-11f0-bd96-fbbef6b2dece>

### **3. #ParitätJetzt - weil Demokratie uns ALLE braucht!**

Frauen in der Politik sollten die Regel sein, nicht die Ausnahme. Doch selbst nach über 100 Jahren Frauenwahlrecht ist lediglich ein Drittel unserer Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Deutschen Bundestag weiblich. Hier werden - als Mehrheitsentscheidungen von Männern - große politische Entscheidungen zur Gestaltung unserer Gesellschaft und unserer Zukunft getroffen. ABER: Wir kämpfen für Veränderung und eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik. Demokratie braucht uns ALLE. ParitätJetzt!

Als Mitglied des [„Verein Parité in den Parlamenten e.V.“](#) haben wir uns an den Aktionen der Initiative „#ParitätJetzt“ am 24.6.2025 beteiligt:

- Wir haben zusammen mit zahlreichen Menschen vor dem Reichstagsgebäude für die 50:50- Demokratie demonstriert: Wir fordern die Gleichstellung von Frauen in allen politischen Entscheidungsgremien ein und gesetzliche Regelungen, um dieses Ziel zu erreichen. Denn: Parité in allen Lebensbereichen ist gelebte Demokratie. Dafür streiten wir!

- Wir haben auch teilgenommen an der Fachveranstaltung in der Bundesstiftung Gleichstellung. Wir danken Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger für ihren dringenden Weckruf: Auf jeder föderalen Ebene müssen sich insbesondere die Parteien dafür einsetzen, dass Frauen gleiche Chancen haben, mit ihren Nominierungen auch tatsächlich ins Parlament einzuziehen. Hierzu braucht es veränderte

Parteikulturen, vor allem aber faire gesetzliche Regelungen in Bezug auf das Wahlrecht.

#### **4. 20 Jahre Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin**

Wir gratulieren unserem Dachverband zum 20sten Gründungsgeburtstag und sind stolz auf 20 Jahre Einsatz für Teilhabe, Mitgestaltung und Zusammenarbeit in unserer Stadt. Das Landesnetzwerk ist eine koordinierte zivilgesellschaftliche Stimme für Berlin. Diese wird gerade in Krisenzeiten gebraucht: „Zivilgesellschaft ist kein nettes Extra – sie ist systemrelevant. Sie ist das Fundament einer solidarischen, demokratischen Stadtgesellschaft und entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den wir jetzt in diesen Zeiten so notwendig brauchen.“ Erwartet wird, dass die Berliner Koalition endlich das Demokratiefördergesetz beschließt.

Mehr Informationen unter: <https://www.lnbe.berlin/aktuelles/neuigkeiten/20-jahre-landesnetzwerk-buergerengagement-berlin-wir-haben-gefeiert/>

#### **5. Für sichere Schwangerschaftsabbrüche – JETZT ERST RECHT!**

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. ist Mitglied des Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung und unterstützt die Forderungen nach sexueller Selbstbestimmung und reproduktiver Gesundheit und zur Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs.

Im vergangenen Jahr schien der Erfolg zum Greifen nah: Unter dem Motto „Legal, einfach, fair – für eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs in Deutschland“ haben wir mit voller Kraft für eine gesetzliche Neuregelung in der damaligen Legislaturperiode gekämpft. Mit der ELSA-Studie und den Ergebnissen der Sachverständigenkommission haben wir fundierte Expertise und wissenschaftliche Evidenz auf unserer Seite – eine Neuregelung schien realistisch – wurde wegen der FDP aber nicht Realität.

Die Missachtung wissenschaftlicher Erkenntnisse und rechte Hetze hält uns nicht davon ab, weiter für reproduktive Gerechtigkeit zu kämpfen! Schon jetzt möchten wir aufmerksam machen auf folgende Aktionstermine:

- 20.9.2025: Aktionstag für sexuelle Selbstbestimmung
- 28.9.2025: Safe Abortion Day: Für sichere Schwangerschaftsabbrüche – JETZT ERST RECHT!

Weitere Infos unter:

[safeabortionday@sexuelle-selbstbestimmung.de](mailto:safeabortionday@sexuelle-selbstbestimmung.de)

#### **6. Gratulation zum 45-jährigen Jubiläum des Landesfrauenrat Berlin e.V.**

Der Berliner Frauebund 1945 e.V. ist Mitinitiatorin des [Landesfrauenrat Berlin e.V.](#) gewesen. Auch heute ist die BFB 1945-Frau Dr. Eva Schulze Mitglied des Vorstandes des LFR e.V.. Zum Festakt am 30. Juni 2025 kamen zahlreiche Gäste ins Gründerinnen- und Unternehmerinnenzentrum „WeiberWirtschaft“. Der Vorstand des Landesfrauenrats Berlin resümierte die Feierlichkeiten mit

Dankbarkeit für die erreichten Meilensteine und den Tatendrang für die kommenden Herausforderungen: „Wir möchten uns herzlich bei allen bedanken, die uns auf diesem 45-jährigen Weg begleitet, unterstützt und inspiriert haben. Gemeinsam haben wir viel erreicht – und doch bleibt noch viel zu tun. Mit Optimismus und Tatkraft wollen wir weiterhin Brücken bauen, neue Wege gehen und uns für ein Berlin einsetzen, in dem Gleichstellung und Respekt für alle selbstverständlich sind. Wir freuen uns darauf, diesen Weg gemeinsam mit Ihnen allen fortzusetzen.“

## **7. Bündnis gegen Sexismus: Online-Netzwerktreffen zum Schwerpunkt "Sexismus & KI in der Arbeitswelt"**

Am 23. Juni 2025 fand ein Online-Netzwerktreffen zum Schwerpunkt "Sexismus & KI in der Arbeitswelt" statt. "Sexismus ist kein Randphänomen – er begegnet uns im Alltag, in der Arbeitswelt, in Medien, in der Kultur und im öffentlichen Raum. Frauen und Mädchen erleben noch immer, dass sie nicht mit dem gleichen Maß an Respekt behandelt werden wie Männer. Das betrifft ihre beruflichen Chancen genauso wie ihre Sichtbarkeit und Sicherheit – erst recht die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Eine offene, demokratische und wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft lebt vom respektvollen Miteinander. Davon, dass Menschen sich frei entfalten können, ohne Angst vor Herabwürdigung oder Ausgrenzung. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieser Anspruch Wirklichkeit wird – durch klare Regeln im gesellschaftlichen und beruflichen Alltag, durch Wissensvermittlung und durch die Stärkung jener, die sich tagtäglich für Respekt, für Gleichberechtigung und gegen Sexismus einsetzen", so Karin Prien, Bundesfrauenministerin.

Im Bündnis 'Gemeinsam gegen Sexismus' haben sich mehr als 800 Unternehmen und Organisationen aus Wirtschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Kultur und Medien zusammengetan, um Haltung zu zeigen und Veränderungen anzustoßen. Falls Sie noch nicht dabei sind, lade ich Sie herzlich ein: Werden Sie Teil unseres Bündnisses 'Gemeinsam gegen Sexismus'.

Mehr Infos unter: <https://gemeinsam-gegen-sexismus.de/veranstaltungsbericht-digitales-netzwerktreffen-sexismus-ki-in-der-arbeitswelt/>

## **8. Eine Aufgabe für uns alle: Barrierefreiheit überall umsetzen!**

Am 28. Juni 2025 ist das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) in Kraft getreten – ein bedeutender Schritt hin zu mehr Teilhabe und gleichberechtigtem Zugang zu Informationen für Menschen mit Behinderungen.

### **• Aus der Berliner Politik: Parlamentarische Anfrage**

#### **Transparenz im Gleichstellungshaushalt – Wer wird 2025 gefördert?**

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Bahar Haghanipour (Bündnis 90/Die Grünen) vom 23. Mai 2025 und Antwort des Senats vom 11. Juni 2025.

SenASGIVA beantwortet die Anfrage mit einer ausführlichen Tabelle.

Zur Anfrage: <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-22698.pdf>

### III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter

Datum / Ort	Thema	Häufig ist eine Anmeldung notwendig / Link
31.07.2025 - 14:30-15:30 Uhr - Online	<p><b>Schreib's einfach. Einfache Sprache für bessere Kommunikation.</b></p> <p>Um gute Texte in einfacher Sprache zu schreiben, die von mehr Menschen verstanden werden können, braucht es nur wenige Regeln.</p> <p>In diesem Zukunftsimpuls lernen wir die wichtigsten Regeln der einfachen Sprache kennen und erfahren, wie generative KI-Anwendungen (GPTs) und einfache Sprache zusammenarbeiten können.</p> <p>Impulsgebende Referentin: Anna Gabai, Zukunftszentrum Berlin</p>	<p>Mehr Informationen und Anmeldung <a href="https://zukunftszentrum-berlin.de/aktuelles/event/schreibs-einfach-einfache-sprache-fuer-bessere-kommunikation/">https://zukunftszentrum-berlin.de/aktuelles/event/schreibs-einfach-einfache-sprache-fuer-bessere-kommunikation/</a></p>
08.08.25 09:00 Uhr bis 12:00 Uhr	<p><b>“Für bessere Arbeitsbedingungen – die Branche im Dialog”</b></p> <p>Alle, die sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in unserer Branche engagieren möchten, sind herzlich eingeladen, dabei zu sein und aktiv mitzuwirken. Um keine Neuigkeiten zu verpassen, folgen Sie dem Projekt Branchendialog auf LinkedIn.</p>	<p>Anmeldung unter: <a href="https://eveeno.com/236678825">https://eveeno.com/236678825</a></p>
19.08.25 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr	<p><b>“Für bessere Arbeitsbedingungen – die Branche im Dialog”</b></p> <p>Alle, die sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in unserer Branche engagieren möchten, sind herzlich eingeladen, dabei zu sein und aktiv mitzuwirken. Um keine Neuigkeiten zu verpassen, folgen Sie dem Projekt Branchendialog auf LinkedIn.</p>	<p>Anmeldung unter: <a href="https://eveeno.com/218018729">https://eveeno.com/218018729</a></p>
27.08.25 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr	<p><b>“Für bessere Arbeitsbedingungen – die Branche im Dialog”</b></p> <p>Alle, die sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in unserer Branche engagieren möchten, sind herzlich eingeladen, dabei zu sein und aktiv mitzuwirken. Um keine Neuigkeiten zu verpassen, folgen Sie dem Projekt Branchendialog auf LinkedIn.</p>	<p>Anmeldung unter: <a href="https://eveeno.com/302442487">https://eveeno.com/302442487</a></p>

<p>Donerstag, 11.09.2025, 10:30 - 12:00 Uhr</p> <p>Wo: Online via Zoom</p>	<p><b>"Räume öffnen - let's talk change!" Wie wir die Demokratie schützen können</b></p> <p>Veranstalter: Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. (Projekt: MitWirkung – Perspektiven für Familien)</p> <p>Darf ein Verein, darf eine Nichtregierungsorganisation sich gegen extrem rechte Äußerungen und Parteien positionieren? Müssen Verwaltungsmitarbeitende Weisungen befolgen, auch wenn diese gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen? Wie können Einzelpersonen handeln, wenn ihre demokratischen Werte im Rahmen ihres Aufgabenbereiches verletzt werden? Diese und weitere Fragen werden im Gespräch mit Vivian Kube diskutiert. Sie ist Rechtsanwältin und arbeitet bei der Nonprofit-Organisation „FragDenStaat“.</p>	<p>Anmeldung: <a href="https://mitwirkung-berlin.de/2025/06/03/raeu-me-oeffnen-mit-vivian-kube-resiliente-verwaltung-wie-wir-die-demokratie-schuetzen-koennen/">https://mitwirkung-berlin.de/2025/06/03/raeu-me-oeffnen-mit-vivian-kube-resiliente-verwaltung-wie-wir-die-demokratie-schuetzen-koennen/</a></p>
<p>11. und 12. September 2025 in Berlin</p>	<p><b>Gesundheit und Krankheit im Zyklus - Endometriose, PMDS, PCOS &amp; Co.</b></p> <p>Wir wollen Wissen teilen, Perspektiven vernetzen und den Diskurs über Zyklusgesundheit gemeinsam voranbringen – medizinisch, gesellschaftlich und politisch.</p>	<p>Weitere Informationen auf der Website <a href="https://www.izg-deutschland.de/period-of-change25">https://www.izg-deutschland.de/period-of-change25</a></p>
<p>12.9.2025 Bundesstiftung für Gleichstellung</p>	<p><b>Save the Date: 35 Jahre "Die Löwin" – Jubiläumsfest des Berliner Frauenbundes</b></p> <p>Das Programm "Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben" (Die Löwin) wird dieses Jahr 35 Jahre alt! Das jährliche Frauenfest unseres "Mutterschiffs", dem Berliner Frauenbund 1945 e.V. wird daher diesmal mit dem Fokus auf „Die Löwin“ durchgeführt. Feiert mit uns!</p>	<p>Programm &amp; Details in Kürze auf: <a href="https://berliner-frauenbund">https://berliner-frauenbund</a> Und <a href="http://www.dieloewin.de">www.dieloewin.de</a></p> <p>Rückfragen unter <a href="mailto:info@die-loewini.de">info@die-loewini.de</a></p>
<p>15. September 2025 13:00 –18:00 Uhr</p> <p>KiezLab Berlin Tamara-Danz- Straße 13 10234 Berlin, Berlin</p>	<p><b>Thementag »Gemeinsam gegen Einsamkeit« am 15. September 2025 in Berlin</b></p> <p>Einsamkeit ist in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen und betrifft schon längst nicht mehr nur ältere Menschen, sondern auch junge. Sie hat nachweislich das gefährliche Potential Menschen für extremistische</p>	

	<p>Positionen zu öffnen. Beim Community Event »Gemeinsam gegen Einsamkeit – für mehr Begegnung in der Nachbarschaft« stehen daher konkrete Wege zu mehr Miteinander im Vordergrund. Der Thementag bietet Raum für Austausch, gute Beispiele aus der Praxis und praktische Ansätze, wie Nachbarschaft aktiv gestaltet werden kann. Eingeladen sind alle, die sich für ein lebendiges Zusammenleben interessieren, ob engagierte Nachbar*innen, Fachkräfte aus sozialen Einrichtungen oder einfach Menschen mit Ideen. In Workshops und Gesprächsrunden werden Erfahrungen geteilt, Impulse gegeben und gemeinsames Lernen ermöglicht. Der Thementag ist eine gemeinsame Veranstaltung der nebenan.de Stiftung und des BBEs im Rahmen der 21. Woche des Bürgerschaftlichen Engagement.</p>	
<p>Mittwoch, den 17. September 2025, 18.00 – 21 Uhr Berliner Frauenbund 1945 e.V., Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin</p>	<p><b>„Wie stärkt der Doppelhaushalt 2026/2027 die frauen-, gleichstellungs- und genderpolitische Fraueninfra(projekte)struktur Berlins?“</b></p> <p>Als Referentinnen angefragt sind die Frauen- und Gleichstellungspolitischen Sprecherinnen der Berliner Regierungsfractionen und eine DGB-Vertreterin</p> <p>Noch ist der Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2026/2027 nicht bekannt, was zum Zeitpunkt der Veranstaltung aber anders ist: Die 1. Lesung des Haushaltsentwurf findet am 11.9.25 im Berliner Abgeordnetenhaus statt. Insbesondere Mitarbeiterinnen im Projektbereich und deren zuwendungsempfangende Träger wünschen sich für 2025 keine Wiederholung des Chaos hinsichtlich Arbeits- und Mietverträge, etc. wie Ende 2024. Bei sozialen Trägern, im Frauen(projekte)infrastrukturbereich sind die Beschäftigten im Durchschnitt zu über 70 Prozent Frauen. Wir wollen auch darüber diskutieren, dass diese Arbeitsplätze leistungsgerecht bezahlt werden. Auch Frau lebt nicht von Luft und</p>	

	Liebe allein – vor allem nicht, wenn sie Kinder hat.	
SAVE THE DATE 21. September 2025 von 11 bis 22 Uhr Sophiensaelen, Sophienstraße 18, 10178 BerlinMitte.	<b>Einladung der Stiftung ZURÜCKGEBEN</b> Präsentationen von Projekten geförderter Frauen	
25. September 2025 in Berlin Tagungszentrum Franz-Mehring-Platz 1, Berlin	<b>SAVE THE DATE: Hybrider Fachtag „Handlungssicher gegen digitale Gewalt“</b>	
1. Oktober 2025 hybride -Konferenz: live im Berliner „Cafe Moskau“ sowie online.	<b>LABOR.A® 2025 – Gerechtigkeit</b>  Die Hans-Böckler-Stiftung richtet die LABOR.A® zum achten Mal aus. Als Die Plätze vor Ort können schnell ausgebucht sein.	Eine kostenlose Anmeldung zur Teilnahme in Berlin oder online ist möglich unter: <a href="http://www.labora.digital">www.labora.digital</a>
15. Oktober 2025 von 14:00-18:30 Uhr  Wo: Staatliche Bibliothek Friedrichshain- Kreuzberg "Pablo Neruda" Frankfurter Allee 14A, 10247 Berlin	<b>Save the Date Arbeitsmarkt für alle? Ausschlüsse und Perspektiven für Frauen mit Fluchterfahrung und/oder Migrationsbiografien</b> Wie inklusiv ist der deutsche Arbeitsmarkt wirklich? Welche strukturellen Hürden stehen geflüchteten und migrierten Frauen im Weg – und welche Lösungen braucht es? DaMigra – Dachverband der Migrantinnenorganisationen, BOX66 – Das interkulturelle Beratungs- und Begegnungszentrum für Frauen und Familien in Friedrichshain (Träger: VIA e.V.) und KOBRA Beruf   Bildung   Arbeit (Träger: Berliner Frauenbund 1945 e.V.) laden zu einem gemeinsamen Fachtag ein Der Fachtag bringt Akteur*innen aus Verwaltung, Beratungsstrukturen, Politik, Zivilgesellschaft sowie geflüchtete und migrierte Frauen zusammen. Gemeinsam möchten wir: Herausforderungen und Ausschlüsse beim Zugang zum Arbeitsmarkt sichtbar machen, praxistaugliche Lösungsansätze diskutieren, und konkrete Forderungen für eine gerechtere Arbeitsmarktintegration entwickeln.	Weitere Informationen auch zur Anmeldung zu einem späteren Zeitpunkt

	Ziel ist es, den fachlichen Austausch zu fördern, strukturelle Barrieren zu identifizieren und Impulse für neue Strategien zu setzen.	
Mittwoch, den 15. Oktober 2025, 18.00 – 21 Uhr Berliner Frauenbund 1945 e.V., Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin	<b>Frauenträger vernetzen sich (Arbeitstitel)</b> Über Vernetzungsstrategien, gemeinsame Aktionen etc. diskutieren wir mit Mitgliedern des Vorstandes des Landesfrauenrat Berlin e.V. sowie Vertreterinnen einiger LFR-Mitgliedsorganisationen.	
24. und 25. Oktober 2024 in Berlin <a href="https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/menschen-mit-behinderung/berliner-massnahmenplan/evaluation_massnahmenplan.pdf?ts=1733911012">https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/menschen-mit-behinderung/berliner-massnahmenplan/evaluation_massnahmenplan.pdf?ts=1733911012</a>	<b>Theodor-Heuss-Kolloquium 2024: Über den Glauben zur Politik. Religion und politisches Engagement von Frauen</b> Untersucht wird, inwieweit Religion Frauen zu politischem oder gesellschaftlichem Handeln motivierte. Dabei wird die Rolle unterschiedlicher Religiositäten von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis heute in den Blick genommen.	Weitere Informationen: <a href="https://www.theodor-heuss-haus.de/forschung/theodor-heuss-kolloquium">https://www.theodor-heuss-haus.de/forschung/theodor-heuss-kolloquium</a>
1.-2.11.2025 in Leipzig	<b>AKF-Fachtagung: Alles Menopause oder WAS?! Wie kann eine gute und evidenzbasierte Versorgung in den Wechseljahren aussehen?</b> Der AKF will auf dem Fachtag zu einer breiten und multiprofessionellen Debatte zum Thema Wechseljahre einladen. Welche Forderungen nach einer besseren Versorgung werden von der Evidenz gestützt? Welche Symptome sind der aktuellen Forschung zufolge wirklich auf die hormonellen Veränderungen zurückzuführen? Wie könnte eine bessere Versorgung und Information für Frauen aussehen? Außerdem soll es um kulturhistorische und interkulturelle Perspektiven, gesellschaftliche und psychosomatische Aspekte sowie um Strategien der Pharmaindustrie gehen.	Weitere Infos unter <a href="https://www.arbeitskreis-frauengesundheit.de/2025/04/30/save-the-date-akf-fachtagung-alles-menopause-oder-was-1-2-november-2025/">https://www.arbeitskreis-frauengesundheit.de/2025/04/30/save-the-date-akf-fachtagung-alles-menopause-oder-was-1-2-november-2025/</a> Programm und Informationen zur Anmeldung folgen in Kürze.
Freitag, 07.11.2025 / Auftakt am Donnerstagabend, 06.11.2025	<b>3. Berliner Engagementkonferenz</b> Gemeinsam mit euch wollen wir ins Gespräch kommen, Ideen teilen, neue Allianzen schmieden – und vor allem:	

<p>Wo? Smartvillage Neukölln, Karl- Marx-Straße 101, 12043 Berlin</p>	<p>miteinander an Lösungen arbeiten. Denn gerade jetzt, wo demokratische Werte immer mehr unter Druck geraten, brauchen wir starke Netzwerke, kreative Impulse und konkrete Zusammenarbeit. Schon am 06. November 2025 starten wir am Abend mit einer Auftaktveranstaltung – für erste Begegnungen, Austausch und gemeinsame Einstimmung auf die Konferenzthemen.</p>	
<p>10.11.2025 13.00 – 17 Uhr Ort: Frizzforum, Friedrichstraße 23, 10969 Berlin</p>	<p><b>Die vergessene Fachkraft - Alleinerziehende</b> Kooperationsveranstaltung der Koordinierungsstelle für das Netzwerk Alleinerziehende Friedrichshain- Kreuzberg in Trägerschaft des Berliner Frauenbund 1945 e.V. und dem „Berliner Landesprogramm zur Verbesserung der Infrastruktur für Alleinerziehende“ in Trägerschaft von JAO gGmbH im Auftrag der Senatsverwaltung ASGIVA Übergreifende Ziele der Fachveranstaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sichtbarkeit und Potenzial von Alleinerziehenden als Fachkräfte aufzeigen</li> <li>• Sensibilisierung für strukturelle und kulturelle Barrieren</li> <li>• Beispiele guter Praxis in Unternehmen vorstellen</li> <li>• Austausch und Vernetzung fördern</li> </ul>	
<p>23. Mai 2026</p>	<p><b>Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle</b> An diesem Tag feiern Engagierte in ganz Deutschland den 77. Geburtstag des Grundgesetzes mit einer bundesweiten Mitmachaktion. Ziel der Initiative „Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle.“ ist es, deutschlandweit zur Beteiligung, zu eigenen Aktionen und zum Mitmachen einzuladen. Initiator und Schirmherr ist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, die DSEE bereitet die Aktion in enger Zusammenarbeit mit dem Bundespräsidialamt vor.</p>	
	<p><b>Frauen-Sommerkongress Wer möchte mitmachen?</b></p>	

## **IV. Verschiedenes aus dem frauen\*- und gesellschaftspolitischen Umfeld**

- **Wie unabhängig sind Frauen in Deutschland?  
Zur Bedeutung existenzsichernder Beschäftigung für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen**

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen durch eine gleichberechtigte Teilhabe im Erwerbsleben zu ermöglichen, ist ein zentrales Ziel der Gewerkschaften. Voraussetzung dafür ist ein existenzsicherndes Einkommen. Davon sind die meisten Frauen jedoch weit entfernt. Das zeigen die alarmierenden Ergebnisse einer Recherche, die wir in dieser Broschüre zusammengefasst haben: Sieben von zehn Frauen könnten mit ihrem eigenen Erwerbseinkommen nicht langfristig für sich und ein Kind vorsorgen.

Dass viele Frauen keine existenzsichernde Beschäftigung haben, ist auch Folge ihrer strukturellen Benachteiligung im Erwerbsleben. Sie zeigt sich an vielen Stellen: Frauen sind in der Woche durchschnittlich knapp acht Stunden weniger erwerbstätig als Männer. Jede zweite Frau ist in Teilzeit beschäftigt. In der Folge verdienen sie weniger, haben schlechtere Aufstiegschancen, sind finanziell häufiger abhängig von ihrem Partner oder von staatlichen Leistungen.

Mehr Infos zur DGB-Studie: [https://www.defacto-forschung.eu/wp-content/uploads/DGB-Frauen\\_Existenzsicherung\\_2025\\_final.pdf](https://www.defacto-forschung.eu/wp-content/uploads/DGB-Frauen_Existenzsicherung_2025_final.pdf)

- **Welche Träume bewegen Deutschland?**

Vom Tellerwäscher zum Millionär, jede:r kennt ihn, den „American Dream“. Er besteht in dem Versprechen, dass harte Arbeit belohnt wird, und ist vom optimistischen Grundansatz geprägt, dass jede:r alles erreichen kann. Solche Zukunftsträume sind nicht nur Ausdruck individueller Sehnsüchte, sondern auch Spiegelbilder kollektiver Stimmungen, Hoffnungen und Herausforderungen. Sie zeigen, welche Prioritäten Menschen setzen, worauf sie hinarbeiten und was sie von ihrem Leben und der Gesellschaft erwarten.

Daher haben wir uns in unserem Studienprojekt auf Spurensuche begeben, um herauszufinden, welche Träume die Menschen in Deutschland bewegen – sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Auf Basis von acht Online-Fokusgruppen und einer repräsentativen Befragung untersuchen wir, welche Träume die Menschen in Deutschland träumen und inwiefern sie an deren Verwirklichung glauben. Mehr zu den Studienergebnissen: <https://www.fes.de/zukunftstraum>

- **EINSTELLUNGEN VON MÄNNERN ZU GLEICHSTELLUNG UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK**

Eine große Mehrheit der Männer befürwortet Gleichstellung - in Gesellschaft, Unternehmen und Partnerschaft. Positive Einstellungen dazu haben seit 2015 zugenommen, während die Zustimmung zu antifeministischen Haltungen abnahm. Dennoch bleibt rund ein Drittel anfällig dafür. Über zwei Drittel der Männer finden, dass Gleichstellungspolitik Männeranliegen zu wenig berücksichtigt; ebenso viele sehen auch Mütter zu wenig beachtet. 46 Prozent meinen, dass beide Geschlechter nicht ausreichend im Fokus stehen. Zugleich sinkt die Unterstützung für aktive Gleichstellungspolitik: Nur noch ein Viertel befürwortet sie, während die Zahl der Gegner auf über 20 Prozent stieg.

Aus Sicht des Bundesforum Männer muss Gleichstellungspolitik Männer (1) als Unterstützer und Verbündete, (2) als eigenständige Agenten des Wandels und (3) als Akteure mit eigenen Themen und Bedarfen ansprechen, mitnehmen und einbeziehen. Die

vorliegenden Studienergebnisse geben wertvolle Hinweise darauf, wie Männer heute zu Gleichstellung stehen und worauf bei der Gestaltung einer erfolgreichen gleichstellungsorientierten Männerpolitik zu achten ist.

Zur Studie: <https://maennerperspektiven.de/>

- **Zivilgesellschaftliches Lagebild Antidiskriminierung 2024  
Gemeinsame Falldokumentation der  
Antidiskriminierungsberatungsstellen im advd**

Mit dem Lagebild veröffentlicht der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) zum zweiten Mal eine Auswertung der Beratungsfälle seiner Mitgliedsorganisationen. Die Daten aus dem Jahr 2024 zeichnen ein klares Bild: Immer mehr Menschen suchen wegen Diskriminierungserfahrungen Unterstützung.

Das Lagebild Antidiskriminierung 2024 macht erneut deutlich, wie dringend Diskriminierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen begegnet werden muss. Dazu braucht es eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), die die Rechte der Betroffenen stärkt – sowie den weiteren Ausbau und die langfristige Absicherung unabhängiger Beratungsstrukturen zu Diskriminierung. Antidiskriminierungsarbeit erfordert gesellschaftliche Anerkennung, rechtliche Rückendeckung und eine verlässliche Förderung – insbesondere in einer Zeit, in der demokratische Prinzipien zunehmend unter Druck geraten.

Studie zum Nachlesen:

[https://static1.squarespace.com/static/57ea5d2920099e3d1d3c150b/t/685507c27b07ae6e09b75cbe/1750403011297/Lagebild\\_Antidiskriminierung\\_2024\\_advd.pdf](https://static1.squarespace.com/static/57ea5d2920099e3d1d3c150b/t/685507c27b07ae6e09b75cbe/1750403011297/Lagebild_Antidiskriminierung_2024_advd.pdf)

- **BENEDETTO - Vereinsmagazin Deutsches Ehrenamt: Neue Mitglieder gewinnen und binden.**

Die Mitgliederbasis eines Vereins zu erweitern, ist und bleibt eine Dauerbaustelle. Wir kennen das alle: Spricht man Leute auf ehrenamtliches Engagement an, bekunden sie gern vollmundig, wie wichtig das ist für die Gesellschaft und überhaupt ganz, ganz toll. Manche von ihnen sind auch bereit, Aktivitäten im Verein auszuprobieren und sich stärker gesellschaftlich zu engagieren, aber um tatsächlich neue Mitglieder zu gewinnen und langfristig zu binden, bedarf es am Ende einer durchdachten Strategie. Wie haben einige bewährte Tipps zusammengetragen:

Mehr hier: <https://benedetto.deutsches-ehrenamt.de/app/uploads/2025/06/2025-06-deh-benedetto-juni.pdf>

- **Monitor Unternehmensengagement 2025**

Der Monitor Unternehmensengagement wurde im Juni 2025 von ZIVIZ (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.) veröffentlicht. Die Ergebnisse: Die Unternehmen in Deutschland sehen die Verantwortung der Wirtschaft für den Erhalt demokratischer Werte. Allerdings scheuen sie eigene politische Positionierungen und aktives Demokratieengagement. Abseits des Demokratieengagements verändern sich auch die inhaltlichen Schwerpunkte unternehmerischen Engagements. Zwar bleibt der Sport das am weitesten verbreitete Engagementfeld, doch in den vergangenen Jahren verlagerten viele Unternehmen ihre Aktivitäten zunehmend in den Bereich Bevölkerungs- und Katastrophenschutz – nicht zuletzt als Reaktion auf akute Krisen wie den Ukrainekrieg. Auch der Klimaschutz hat sich als eigenständiges Handlungsfeld etabliert. Gleichzeitig ist das Engagement im Bildungs- und Erziehungsbereich spürbar zurückgegangen, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Weitere Informationen: <https://ziviz.de/monitor-unternehmensengagement>

- **Gender Budgeting-Bericht 2024 des ESF Plus**

Der erste Gender Budgeting-Bericht für das ESF Plus-Bundesprogramm in der Förderperiode 2021-2027 ist erschienen. Der Bericht enthält eine detaillierte Analyse der bislang verausgabten Mittel und Teilnahmen für Frauen und Männer sowie eine Auswertung der im Monitoring enthaltenen Gleichstellungsindikatoren. Demnach liegt der Mittelanteil für Frauen aktuell bei 59 % und bei den Teilnehmenden bei 57 %.

Zum Bericht

[https://www.esf.de/portal/SharedDocs/Publikationen/gender\\_budgeting\\_bericht\\_2024.html](https://www.esf.de/portal/SharedDocs/Publikationen/gender_budgeting_bericht_2024.html)

- **Sexualisierte Belästigung am Arbeitsplatz**

Sexuelle Belästigung ist eine substanzielle Belastung für die direkt Betroffenen und ihr (Arbeits-)Umfeld – und damit potenziell auch eine wirtschaftliche Belastung für Betriebe. Wie verbreitet sexuelle Belästigung und präventive Maßnahmen in Betrieben sind, wurde dennoch bisher nicht umfassend untersucht. Zwei Befragungen des IAB zeigen nun, wie häufig sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz vorkommt und welche Auswirkungen Betriebe und Beschäftigte infolgedessen erwarten. Darüber hinaus wird dokumentiert, welche Maßnahmen Betriebe ergreifen, um solche Vorfälle zu verhindern oder darauf zu reagieren.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat ein Themendossier veröffentlicht, in dem internationale und auf Deutschland bezogene Beiträge zu Ausmaß und Folgen von sexualisierter Belästigung am Arbeitsplatz zusammengestellt werden. In einem Kurzbericht des Instituts wird zudem festgestellt, dass 20 % der Beschäftigten selbst oder in ihrem Arbeitsumfeld Fälle sexueller Belästigung erlebt haben – der Großteil davon Frauen.

Themen-Dossier <https://iab.de/dossier/?id=21706>

IAB-Kurzbericht <https://doku.iab.de/kurzber/2025/kb2025-09.pdf>

- **Sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz – Aktuelle Daten und Einschätzungen**

Auch das Europäische Gleichstellungsinstitut (EIGE) hat in einem Bericht aktuelle Erkenntnisse zum Thema sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz veröffentlicht. Statistiker\*innen sind sich einig: Die Datenlage zum Thema sexuelle Gewalt gegen Frauen benötigt mehr Verlässlichkeit. Das EIGE hat hierzu auf der Basis einer Umfrage von ca. 115.000 Frauen in der EU neue Erkenntnisse zusammengefasst.

Um Bericht [https://eige.europa.eu/newsroom/news/sexual-harassment-work-more-common-we-think?language\\_content\\_entity=en](https://eige.europa.eu/newsroom/news/sexual-harassment-work-more-common-we-think?language_content_entity=en)

- **Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle: Neuer Höchstwert von Diskriminierungsfällen**

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat den Jahresbericht 2024 vorgelegt, der einen deutlichen Anstieg der Diskriminierungsmeldungen verzeichnet. Die Meldungen betreffen weiterhin vor allem das Arbeitsleben und beziehen sich zu 43 % auf rassistische Diskriminierung, zu 27 % auf Benachteiligungen aufgrund von Behinderungen oder chronischer Krankheit und zu 24 % auf geschlechtsspezifische Diskriminierung.

Zum Jahresbericht

[https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelles/DE/2025/20250603\\_Jahresbericht.html](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelles/DE/2025/20250603_Jahresbericht.html)

- **Umsetzung von aktuellen Migrations- und Integrationsgesetzen**

Hohe Erwartungen aus Wirtschaft und Gesellschaft an die Migrations- und Integrationspolitik setzen die Politik unter Handlungsdruck. So wurden in den vergangenen Jahren viele Veränderungen auf den Weg gebracht: Insbesondere bei der Fachkräfteeinwanderung und Arbeitsmarktintegration sollen neue Gesetze und Verordnungen für einen erleichterten Zugang sorgen. Doch wie gelingt die Umsetzung in

die Praxis? Ist die beabsichtigte Wirkung eingetreten?

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration hat sein Jahresgutachten veröffentlicht. Es werden insbesondere die Erfolge und Herausforderungen neuer Instrumente der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen betrachtet - wie etwa der Job-Turbo.

Zum Jahresbericht <https://www.svr-migration.de/publikationen/jahresgutachten/2025/>

- **Abwanderungsgründe und Rückwanderungspotenziale von aus Deutschland abgewanderten EU- und Drittstaatsangehörigen**

Angesichts des demografischen Wandels und des zunehmenden Mangels an Fach- und Arbeitskräften spielt die Steuerung der Zuwanderung eine zentrale Rolle. Doch Anreize allein reichen nicht aus, denn Migrationsentscheidungen sind oft reversibel. Statistiken des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass zwischen 2015 und 2022 insgesamt knapp 12 Millionen Personen nach Deutschland zugezogen, aber auch über 7 Millionen zugewanderte Personen wieder ausgewandert sind (Statistisches Bundesamt 2023). In einer Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) werden die Migrationsentscheidungen von EU- und Drittstaatsangehörigen untersucht, die Deutschland wieder verlassen haben. Die Entscheidung über Abwanderung und möglicher Rückkehr hängt dabei weit weniger von rein wirtschaftlichen Faktoren ab, sondern vielmehr von sozialer Teilhabe, dem Gefühl der Zugehörigkeit, der Willkommenskultur und der daraus erwachsenden Lebenszufriedenheit.

Zur Studie <https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/abwanderung-fachkraefte-deutschland>

- **Kommunale Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**

Mit dem Projekt „Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“ hat das Deutsche Institut für Menschenrechte die planerische Umsetzung der UN-BRK in deutschen Städten, Gemeinden und Kreisen bundesweit analysiert. Demnach haben derzeit nur 41 % der Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern und der Kreise Pläne zur Umsetzung der UN-BRK in Arbeit oder abgeschlossen – viel zu wenig, meinen die Autor\*innen. Die Bundesrepublik Deutschland hatte die UN-BRK 2009 ratifiziert.

Zur Website <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/rechte-von-menschen-mit-behinderungen/un-behindertenrechtskonvention-trifft-kommune>

Zum Factsheet [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/UN-BRK\\_kommunal/Factsheet\\_Kommunale\\_Umsetzung\\_der\\_UN-Behindertenrechtskonvention\\_Zentrale\\_Ergebnisse.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/UN-BRK_kommunal/Factsheet_Kommunale_Umsetzung_der_UN-Behindertenrechtskonvention_Zentrale_Ergebnisse.pdf)

- **Trans\*-feindlichkeit von Rechts**

In einer Broschüre des Bundesverbands Trans\* und der Amadeu Antonio Stiftung wird der Zusammenhang von Trans\*feindlichkeit und Rechtsextremismus erläutert. Die Autor\*innen gehen auf zentrale trans\*feindliche Argumente ein, die gezielt von Rechtsextremen verbreitet werden.

Zur Broschüre <https://www.bundesverband-trans.de/publikationen/transfeindlichkeit-und-rechtsextremismus/>

- **Das Märchen von der teuren Migration**

Was kostet die Migration? Jedes Jahr Hunderte Milliarden? Im Gegenteil: Es drohen Hunderte Milliarden Verluste, wenn nicht mehr Menschen zuwandern. Mit diesem Statement geht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einem Blog den Fragen der Migrationspolitik unter dem Blickwinkel des Wirtschaftswachstums nach. Die Zukunft Deutschlands hängt demnach essenziell von einer offenen Gesellschaft mit hoher Attraktivität für Zuwanderung ab.

Zum Blog

[https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.957851.de/nachrichten/das\\_maerchen\\_von\\_den\\_teuren\\_migranten.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.957851.de/nachrichten/das_maerchen_von_den_teuren_migranten.html)

- **Elterngeld abschaffen? Nein, Elterngeld und Ehegattensplitting reformieren!**

Trotz Reform der Schuldenbremse muss die künftige Regierung sparen. Doch wo? Ins Spiel gebracht wurden unter anderem Kürzungen im Bereich der Familienleistungen. So kam jüngst die Forderung auf, das Elterngeld abzuschaffen. Ist das Elterngeld wirklich nur „nice to have“? Sollte die nächste Bundesregierung es abschaffen?

Fakt ist: Aus gleichstellungspolitischer Sicht hat das Elterngeld einige Erfolge gebracht. Eine Abschaffung des Elterngeldes wäre vor diesem Hintergrund das falsche Signal. Das heißt allerdings nicht, dass es beim Elterngeld keinen Reformbedarf gäbe.

Zum Kommentar

[https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.942439.de/publikationen/wochenberichte/2025\\_13\\_3/elterngeld\\_abschaffen\\_nein\\_elterngeld\\_und\\_ehegattensplitting\\_reformieren\\_kommentar.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.942439.de/publikationen/wochenberichte/2025_13_3/elterngeld_abschaffen_nein_elterngeld_und_ehegattensplitting_reformieren_kommentar.html)

- **Rentenansprüche von Frauen bleiben mit steigender Kinderzahl deutlich hinter denen von Männern zurück**

Geringere Erwerbseinkommen von Frauen führen zu niedrigen Rentenansprüchen – vor allem Mütter haben deutlich niedrigere Ansprüche

Daten der Deutschen Rentenversicherung für zwischen 1952 und 1959 Geborene zeigen Unterschiede bei den Rentenansprüchen im Alter von 60 Jahren

Kindererziehungszeiten sollen der geringeren Alterssicherung von Müttern

entgegenwirken – leisten dies aber meist nur für die ersten Jahren nach Geburt

Besonders im Westen bleiben die Rentenansprüche mit zunehmender Kinderzahl deutlich zurück, im Osten sind sie bei Müttern hingegen höher als bei kinderlosen Frauen

Rentenrechtliche Maßnahmen notwendig, aber unzureichend – künftige Lücken durch gleichberechtigte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Eltern reduzieren

Zum Bericht

[https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.941471.de/publikationen/wochenberichte/2025\\_12\\_1/rentenansprueche\\_von\\_frauen\\_bleiben\\_mit\\_steigender\\_kinderzahl\\_deutlich\\_hinter\\_denen\\_von\\_maennern\\_zurueck.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.941471.de/publikationen/wochenberichte/2025_12_1/rentenansprueche_von_frauen_bleiben_mit_steigender_kinderzahl_deutlich_hinter_denen_von_maennern_zurueck.html)

- **Vertiefende Informationen zum Gründungsverhalten**

Informationen zum differenzierten Gründungsverhalten von Frauen und Männern, zu regionalen Veranstaltungen und spezifischen Themen gibt es im neuen Netzwerkportal der bundesweiten gründerinnenagentur (bgaf).

Netzwerkportal <https://www.gruenderinnenagentur.de/home>

- **Neue Plattform SOZIALES BERLIN gestartet**

Die digitale Plattform SOZIALES BERLIN ist online gegangen. Diese bündelt soziale Angebote und Einrichtungen aus ganz Berlin übersichtlich. Nutzerinnen und Nutzer können dort gezielt nach Themen, Zielgruppen, Angebotsarten und Bezirken suchen, um schnell passende Unterstützung zu finden – vom Stadtteilzentrum über spezielle Angebote für Menschen mit Behinderungen bis zur Schuldnerberatung. Die Plattform startete mit 258 Einträgen, die kontinuierlich aktualisiert und größtenteils kostenlos sind, gefördert vom Land Berlin. „In Berlin gibt es eine große Anzahl sozialer Einrichtungen und Angebote. Doch müssen diese auch bekannt und zugänglich sein. Mit der digitalen Plattform SOZIALES BERLIN schaffen wir erstmals eine für alle Menschen zugängliche Übersicht der sozialen Angebote in unserer Stadt. Diese Plattform macht die Angebote sichtbar und hilft den Berlinerinnen und Berlinern, in allen Lebenslagen schnell und

zielsicher Informationen und Hilfe zu finden", so Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe.  
Zur Plattform SOZIALES BERLIN <https://www.berlin.de/soziales-berlin/>

- **DEUTSCHER FRAUENRAT STELLT POLITISCHES PROGRAMM FÜR NEUE LEGISLATURPERIODE VOR**

Deutscher Frauenrat stellt politisches Programm für neue Legislaturperiode vor

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats (DF) hat am 21. und 22. Juni in Berlin das politische Programm des Verbands erweitert. Unter dem Motto „Mutig, kritisch, laut – Frauen ins Zentrum der Politik!“ kamen rund 130 Delegierte aller Mitgliedsorganisationen in Berlin zusammen.

Neben der Antragsberatung stand auch die Wahl eines neuen Schwerpunktthemas auf der Agenda. Nach der Mitgliederversammlung nimmt der Fachausschuss „Demografischer Wandel – jetzt generationen- und geschlechtergerechte Politik einfordern“ seine Arbeit auf. Als Verantwortliche für das Schwerpunktthema wurde Dr. Heide Mertens (Arbeitsgemeinschaft Katholischer Frauenverbände und -gruppen) in den DF-Vorstand gewählt.

Zur Website <https://www.frauenrat.de/deutscher-frauenrat-stellt-politisches-programm-fuer-neue-legislaturperiode-vor/>

- **Soziale Ungleichheiten – Feministische Perspektive auf unterschiedliche Lebensrealitäten**

Die Dokumentation zum Bundesfachseminar des Deutschen Frauenrings im November 2024 ist mehr als eine Zusammenfassung der Beiträge und Diskussionen unseres Bundesfachseminars vom November 2024 – sie ist ein Aufruf zur kritischen Reflexion, zur politischen Wachheit und zum kollektiven Handeln. In einer Gesellschaft, die sich gerne als fortschrittlich begreift, sind soziale Ungleichheiten noch immer tief verankert. Wer arm ist, wer Sorgearbeit leistet, wer von Rassismus oder Ableismus betroffen ist, wer abweichend von der heteronormativen Norm lebt – erlebt strukturelle Barrieren, Ausschlüsse und Benachteiligungen. Diese treffen Frauen und FLINTA\*-Personen in besonderem Maße. Die Beiträge in dieser Dokumentation machen deutlich: soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit gehören untrennbar zusammen.

Feministische Perspektiven zeigen, wie soziale Ungleichheiten entlang von Geschlecht, Klasse, Herkunft, Beeinträchtigung, Alter und geschlechtlicher Identität entstehen und sich gegenseitig verstärken. Die Stimmen von Alleinerziehenden, älteren Frauen, Frauen mit Behinderungen, muslimischen Frauen sowie FLINTA\*- und trans\* und nicht-binären Personen spiegeln die Realität einer Vielzahl von Menschen, deren Lebensrealitäten viel zu oft übersehen werden. Ihre Erfahrungen sind keine Ausnahme – sie sind Teil unserer

gesellschaftlichen Wirklichkeit. Diese Beiträge verdeutlichen: Ungleichheit ist kein individuelles Versagen, sondern Folge historischer und systemischer Ausschlüsse.

Zur Dokumentation <https://deutscher-frauenring.de/wp-content/uploads/2025/05/Gruene-Reihe-2024.pdf>

- **Mit sorgesensiblen Arbeitszeiten Vereinbarkeit ermöglichen**

Frauen tragen nach wie vor den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit und stoßen dabei viel zu oft auf starre betriebliche Arbeitszeitmodelle. Was Familien stattdessen brauchen, sind sorgesensible und geschlechtergerechte Arbeitszeiten.

Gemeinsam mit Dr. Yvonne Lott, Prof. Dr. Ulrich Mückenberger und Hanna Völkle, zeigt Ricarda Scholz als Co-Autorin im WSI-Kommentar, warum Arbeitszeiten neu gedacht werden müssen – und wie Politik hier ansetzen kann.

Zum WSI-Kommentar

[file:///C:/Eigene%20Dateien/Mechthild/Downloads/p\\_wsi\\_kommentar\\_6\\_2025.pdf](file:///C:/Eigene%20Dateien/Mechthild/Downloads/p_wsi_kommentar_6_2025.pdf)

- **Fachkräftesicherung mit lebensphasenorientierter Arbeit**

Fachkräftesicherung heißt: Arbeitsbedingungen schaffen, die Beschäftigte halten und gewinnen – und zwar dauerhaft. Das gelingt nur mit echter Vereinbarkeit, guter Führung und gesundheitsfördernder Arbeitsgestaltung.

Die neue INQA-Broschüre „Fachkräfte sichern – Empfehlungen für die betriebliche Praxis“ zeigt anhand konkreter Beispiele und praktischer Tipps, wie Unternehmen jetzt aktiv werden können. Für betriebliche Arbeitszeitmodelle, die sich am Lebensverlauf orientieren und Sorgearbeit mitdenken.

Zur Broschüre <https://www.inqa.de/DE/mediathek/publikationen/fachkraefte-sichern-empfehlungen-fuer-die-betriebliche-praxis.html>

- **Mütter wollen mehr arbeiten, wenn Väter sie entlasten**

Alles gleichzeitig schaffen und bewältigen – Kinderbetreuung, Partnerschaft, Beruf: Damit sehen sich heute viele erwerbstätige Eltern konfrontiert. Aktuelle Daten aus dem FReDA-Panel zeigen: Mütter möchten mit wachsendem Kindesalter mehr arbeiten, Väter dagegen in den ersten Jahren oft weniger. Das verdeutlicht den Wunsch nach einer faireren Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit von Eltern.

Betriebe und Dienststellen sind deshalb gefordert, mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und familienfreundlichen Angeboten den Vorstellungen und Bedürfnissen von Eltern zu begegnen. Wenn Beschäftigten Familie und Beruf besser vereinbaren und so ihre ideale Arbeitszeit realisieren können, würde dies einen erheblichen Zuwachs an Erwerbsstunden mit sich bringen.

Zur Studie [https://www.bib.bund.de/Publikation/2024/pdf/Bevoelkerungsforschung-Aktuell-1-2024.pdf? blob=publicationFile&v=3](https://www.bib.bund.de/Publikation/2024/pdf/Bevoelkerungsforschung-Aktuell-1-2024.pdf?blob=publicationFile&v=3)

- **Miteinander – Füreinander: Kontakt und Gemeinschaft im Alter**

In ihrem Beitrag rekapituliert Elena Oster, das vom BMBFSFJ geförderte Projekt »Miteinander-Füreinander - Kontakt und Gemeinschaft im Alter« der Malteser. Es wurde dabei untersucht, wie freiwilliges Engagement auf Einsamkeit insbesondere von Senior\*innen wirkt. Die Ergebnisse zeigen, Einsamkeit betrifft uns alle – direkt oder indirekt. Hier kann Engagement viel bewirken. Es bringt Menschen zusammen, gibt Halt und Sinn. Elena Oster ist Referentin Soziales Ehrenamt beim Malteser Hilfsdienst in Köln sowie Leiterin des Projektes Miteinander-Füreinander – Kontakt und Gemeinschaft im Alter (BMBFSFJ) und Leiterin Referat Integrationsdienst und seit 2025 Leiterin der Initiative gegen Einsamkeit in der Malteser Bundeszentrale.

zum Beitrag [https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05\\_Newsletter/01\\_BBE\\_Newsletter/2025/12/Oster\\_Aktionswoche\\_Einsamkeit\\_BBE\\_Newsletter\\_2025.pdf](https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2025/12/Oster_Aktionswoche_Einsamkeit_BBE_Newsletter_2025.pdf)

- **HANDREICHUNG: ARGUMENTE GEGEN ANTIFEMINISMUS  
Klare Kante für Gleichstellung – Praktische Argumente gegen Antifeminismus Eine neue Handreichung des Deutschen Frauenrates**

Gleichstellungspolitik, Frauenrechte und demokratische Kultur geraten zunehmend unter Druck – weltweit und auch in Deutschland. Antifeministische Bewegungen, rechtsextreme Parteien und autoritäre Kräfte diffamieren Gleichstellungsvorhaben, lehnen Geschlechterforschung ab und verbreiten reaktionäre Rollenbilder. Antifeminismus, Sexismus und andere menschenfeindliche Ideologien sind längst keine Randerscheinung mehr, sondern Teil öffentlicher Debatten. Sie gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und richten sich insbesondere gegen die Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen.

zur Handreichung <https://www.frauenrat.de/handreichung-argumente-gegen-antifeminismus/>

- **Klimakrise im Schatten globaler Konflikte – warum wir jetzt handeln müssen**

Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen: Die Folgen des Klimawandels sind längst Realität. Und doch rückt Klimaschutz zunehmend in den Hintergrund – verdrängt von Kriegen, Krisen und geopolitischen Spannungen. Unser Dossier ist ein eindringlicher Appell, Klimapolitik zur Priorität zu machen. Es liefert Fakten, Argumente und Lösungsansätze, die wir bei der Robert Bosch Stiftung verfolgen – von lokal bis global. Dieses Dossier ist ein Plädoyer dafür, Klimapolitik wieder ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Einen entsprechenden Appell haben wir im Frühjahr rund um den Start der neuen Bundesregierung an die Politik gerichtet, im Schulterschluss mit vielen Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft. Dieses Dossier liefert Fakten und Argumente, warum Klimapolitik zur Priorität werden muss. Es bezieht sich auf Ansätze, die wir bei der Robert Bosch Stiftung verfolgen, von der lokalen bis zur globalen Ebene.

Zum Dossier <https://www.bosch-stiftung.de/de/stories/warum-klimapolitik-zur-prioritaet-werden-muss>

- **Intersektionalität verstehen – für eine gerechtere Gesellschaft**

Wie wirken Geschlecht, Herkunft, Klasse, Behinderung oder sexuelle Orientierung zusammen – und warum ist das für soziale Gerechtigkeit wichtig? Intersektionalität zeigt, wie sich Privilegien und Diskriminierung überschneiden. Wer die Perspektive wechselt, kann Strukturen hinterfragen und echte Veränderung anstoßen. Warum das uns alle betrifft, erfahren Sie in unserem Beitrag zum Diversity Day 2025.

Intersektionalität beschreibt den Umstand, dass bei jedem Menschen Merkmale wie Geschlecht, ethnische Herkunft, Klasse, Behinderung, Religion oder sexuelle Orientierung zusammenwirken – und dass sich aus diesem Zusammenspiel mehrfache Privilegierung oder Diskriminierung ergeben kann.

Geprägt wurde der Begriff in den späten 1980er Jahren von der US-amerikanischen Juristin Kimberlé Crenshaw. Sie betrachtete vor allem die Art und Weise, wie sich die genannten Merkmale gegenseitig beeinflussen und dadurch Diskriminierung verstärkt wird. So kann eine Schwarze Frau nicht nur aufgrund ihres Geschlechts, sondern gleichzeitig auch wegen ihrer ethnischen Herkunft benachteiligt sein, ohne dass sich die Diskriminierungsformen klar auseinanderhalten lassen.

Zum Dossier <https://www.bosch-stiftung.de/de/stories/intersektionalitaet>

- **Feiertage abschaffen bringt nichts  
Dass die Wirtschaft stärker wächst, wenn gesetzliche Feiertage wegfallen, lässt sich empirisch nicht belegen**

„Die Gleichung ‚Wenn Feiertage wegfallen, steigt das Wachstum‘ geht offensichtlich nicht auf. Denn sie ist zu simpel und wird einer modernen Arbeitsgesellschaft nicht gerecht – so wie viele aktuelle Ideen zur Arbeitszeitverlängerung“, sagt Sebastian Dullien, wissenschaftlicher Direktor des IMK. „Die Forderung nach einem solchen Schritt zur Wachstumsförderung ist deshalb nicht zielführend.“

Zum Beitrag <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-feiertage-abschaffen-bringt-nichts-69968.htm>

- **Missverständene Versicherung  
Zu den Auf- und Ausgaben der Pflegeversicherung kursieren allerhand falsche Vorstellungen in der öffentlichen Debatte**

In ihrem Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung eine „große Pflegereform“ angekündigt. Dabei soll es um die künftigen Leistungen sowie deren Finanzierung gehen.

„Bezüglich beider Aspekte“ ist die Diskussion dem Gesundheitsexperten Heinz Rothgang von der Universität Bremen zufolge jedoch „von Mythen überlagert“.  
Zum Beitrag <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-missverstandene-versicherung-69962.htm>

- **Neue Studie zu Frauenhass im Netz veröffentlicht**

Das Exzellenzcluster SCRIPTS der Freien Universität Berlin und ISD Germany haben mit der Pilotstudie „Mapping the GerManosphere“ erstmals eine umfassende Analyse misogyn geprägter Online-Netzwerke in Deutschland vorgelegt. Die Untersuchung zeigt, wie Gruppen wie „Incels“, „Pick-Up-Artists“ und „Men’s Rights Activists“ frauenfeindliche Narrative verbreiten, Gewaltfantasien normalisieren und sich zunehmend gegen demokratische Grundwerte richten. Im Zentrum steht die sogenannte „Mannosphäre“ – ein Sammelbegriff für digital vernetzte Milieus, die antifeministische Positionen vertreten und gezielt gegen Gleichstellungspolitik mobilisieren. Die Studie liefert wichtige Impulse für Forschung, Politik und Zivilgesellschaft, um digitale Gewalt besser zu erkennen und wirksam zu bekämpfen.

Weitere Infos zur Studie [https://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2025/fup\\_25\\_076-mapping-the-germanosphere/index.html](https://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2025/fup_25_076-mapping-the-germanosphere/index.html)

- **Zukunftsraum Demografie: Digitale Plattform für kommunale Demografiegestaltung gestartet**

Mit dem Zukunftsraum Demografie ist die erste bundesweite digitale Plattform online gegangen, die Kommunen bei der aktiven Gestaltung des demografischen Wandels unterstützt. Sie richtet sich an kommunale Entscheidungsträger\*innen, Verwaltungsmitarbeitende und Engagierte vor Ort. Ziel ist es, Wissen zu bündeln, Austausch zu ermöglichen und gemeinsame Lösungen zu fördern. Neben einer stetig wachsenden Wissenssammlung bietet der Zukunftsraum Zugang zu Mikroförderungen, Weiterbildungsformaten und Vernetzungstreffen.

Entwickelt wurde die Plattform vom Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e. V. auf Basis langjähriger Praxiserfahrungen und wird vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Die Geschäftsstelle ist im Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e. V. angesiedelt.

Weitere Infos zu dem Netzwerk: <https://netzwerk.zukunftsraum-demografie.de/s/schaufenster/>

- **Bundesregierung legt Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes vor**

Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) hat dem Bundestag die Ergebnisse der unabhängigen Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) vorgelegt. Die Bewertung wurde vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) durchgeführt und bezieht Erfahrungen aus Ländern, Verbänden und von Sexarbeiter\*innen ein. Ziel der wissenschaftlichen Analyse war es, die Wirkung des seit 2017 geltenden Gesetzes zu überprüfen, insbesondere im Hinblick auf den Schutz vor Zwangsprostitution und sexueller Ausbeutung sowie auf Arbeitsbedingungen und Rechte von Prostituierten. Die Evaluation liefert eine wichtige Grundlage für die weitere politische und rechtliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Das BMBFSFJ kündigte an, eine unabhängige Expertenkommission einzusetzen, um auf Basis der Ergebnisse zentrale Fragen zur Situation von Prostituierten in Deutschland zu bearbeiten.

Der vollständige Bericht, eine Kurzversion des Gutachtens sowie zwei Begleitgutachten sind auf der Website des BMBFSFJ verfügbar:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/evaluation-des-gesetzes-zur-regulierung-des-prostitutionsgewerbes-sowie-zum-schutz-von-in-der-prostitution-taetigen-personen-prostituiertenschutzgesetz-prostschg--266228>

- **10 Jahre Mindestlohn: Ein Jubiläum als politischer Auftrag**

Ein Anfang, kein Ende. Der Impuls bilanziert zehn Jahre Mindestlohn und zeigt, was der gesetzliche Mindestlohn tatsächlich verändert hat, wo die Grenzen seiner Wirkung liegen – und warum die politische Arbeit noch lange nicht abgeschlossen ist.

Mehr zum Hintergrund: <https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/artikelseite/fes-impuls-10-jahre-mindestlohn-ein-jubilaem-als-politischer-auftrag>

- **„Mehr Raum für Vielfalt“ – Neue Publikation zeigt Wege zu mehr Teilhabe in der Kommunalpolitik**

Der Leitfaden der EAF Berlin zeigt, wie politische Beteiligung gerechter und inklusiver werden kann. Mit praktischen Tipps, Tools und Beispielen geben die Autorinnen Sarah Robinson und Leonie Schütte-Silverio Anregungen, wie Verwaltungen und Engagierte vielfältige Zielgruppen besser erreichen, Beteiligung barriereärmer gestalten und Kommunalpolitik für alle Menschen zugänglicher wird:

- Ein Angebot für „alle“ reicht nicht
- Von passiver Erlaubnis zur aktiven Beteiligung
- Nachmachen erwünscht: Tools, Reflexionsfragen und Gute Praktiken

Hinweis zum Download: <https://www.eaf-berlin.de/was-uns-bewegt/news/artikel/neue-broschuere-mehr-raum-fuer-vielfalt-so-gelingt-teilhabe-in-der-kommunalpolitik>

- **WSI KOMMENTAR - SORGESENSIBLE UND GESCHLECHTERGERECHTE ARBEITSZEITEN. JETZT!**

Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz – damit sind Union und SPD auf dem richtigen Weg. Allerdings braucht es nicht nur Geld, sondern auch Arbeit und rechtliche Rahmenbedingungen dafür. Hier zeigt das Sondierungspapier der Koalitionsverhandler\*innen deutliche Schwächen, wie Dr. Yvonne Lott, Forscherin am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Ricarda Scholz und Hanna Völkle in einer WSI-Kurzanalyse feststellen. Die Übereinkunft von Union und SPD enthalte keine Ansätze „zur sorgesensiblen und geschlechtergerechten Neugestaltung der Arbeitszeiten“. Im Gegenteil. Die Leidtragenden dürften vor allem Frauen sein – und der Fachkräftemangel wird so eher größer als kleiner, warnen die Forschenden.

Zum Kommentar: [https://www.wsi.de/fpdf/HBS-009096/p\\_wsi\\_kommentar\\_6\\_2025.pdf](https://www.wsi.de/fpdf/HBS-009096/p_wsi_kommentar_6_2025.pdf)

- **Mehr Klarheit, mehr Gerechtigkeit: Entgelttransparenz als Schlüssel**

Die Umsetzung von Entgelttransparenz ist weit mehr als eine reine Compliance-Aufgabe. Sie ist vielmehr eine Chance zur nachhaltigen Organisationsentwicklung und zur Etablierung einer diversitätsorientierten Unternehmenskultur.

Die neue EU-Entgelttransparenzrichtlinie: Ein Schritt zur umfassenden Lohngerechtigkeit  
Anders als die bisherige deutsche Gesetzgebung gilt die EU-Richtlinie bereits für Unternehmen mit mindestens 100 Beschäftigten und sieht eine umfassende Offenlegungspflicht vor. Arbeitgeber\*innen werden verpflichtet, Gehaltsstrukturen transparent zu machen und systematisch Lohnunterschiede zu analysieren. Die Richtlinie umfasst eine verpflichtende Berichterstattung über Entgeltunterschiede, erweitert das Auskunftsrecht der Beschäftigten und untersagt Geheimhaltungsklauseln bezüglich des Entgelts. Besonders bemerkenswert ist die Beweislastumkehr: Bei Verdacht auf

Diskriminierung müssen künftig Arbeitgeber\*innen beweisen, dass keine Benachteiligung vorliegt – nicht umgekehrt.

Der Gender Pay Gap liegt in Deutschland nach wie vor bei etwa 16% – eine Zahl, die sich trotz vieler Bemühungen kaum verändert hat (Statistisches Bundesamt 2025). Selbst wenn Beschäftigungsumfang, Berufe und damit die geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes herausgerechnet werden, liegt die sogenannte bereinigte Lohnlücke 2023 im Schnitt immer noch bei 6% (Antidiskriminierungsstelle des Bundes, o.J. a) – und variiert stark nach Branche. Die neue Richtlinie bietet die Chance, diese hartnäckige Lücke endlich konsequent zu reduzieren.

Mehr zum Blogbeitrag: <https://www.eaf-berlin.de/was-uns-bewegt/blog/blogbeitrag/mehr-klarheit-mehr-gerechtigkeit-entgelttransparenz-als-schluessel>

- **Frauen wollen doch gar keine Karriere machen**

Es gibt Bullshitsätze, die jede Frau und jede weiblich gelesene Person schon mal im Job gehört hat. SPIEGEL-Bestseller Autorin Alexandra Zykonov zerlegt drei typische Beispiele für uns!

Mehr: [https://pinkstinks.de/frauen-wollen-doch-gar-keine-karriere-machen/?mtm\\_campaign=NL-Politik-SPD&mtm\\_kwd=Lesetipp-Text-Link](https://pinkstinks.de/frauen-wollen-doch-gar-keine-karriere-machen/?mtm_campaign=NL-Politik-SPD&mtm_kwd=Lesetipp-Text-Link)

- **White Paper: KI und Gerechtigkeit – vier Thesen für die Zivilgesellschaft**

Im Mai veröffentlichte D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V. das White Paper „KI und Gerechtigkeit: Vier Thesen für die Zivilgesellschaft“ – eine gemeinsame Projektveröffentlichung im Rahmen des Projekts Code of Conduct Demokratische KI, entwickelt in Zusammenarbeit mit Vertreter:innen aus 15 zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die zentrale Frage: Wie können wir den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) so gestalten, dass er zu mehr Gerechtigkeit beiträgt – und nicht Ungleichheiten verstärkt?

Weitere Informationen: <https://demokratische-ki.de/white-paper-ki-gerechtigkeit/>

- **Neuer Veranstaltungskalender auf dem Berliner Familienportal: Kostenfreie Angebote und verbesserter Zugang (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie)**

Das Berliner Familienportal präsentiert sich ab sofort mit einem erweiterten und verbesserten Veranstaltungskalender sowie einer neu gestalteten Startseite, die Familien passgenauer unterstützt und den Zugang zu Informationen erleichtert. Vor allem kostenfreie Angebote sind jetzt einfacher auffindbar – ein wichtiger Beitrag zur Entlastung von Familienbudgets.

Link zu weiterführenden Informationen: <https://familienportal.berlin.de/>

- **Barrierefreiheitsstärkungsgesetz: Inklusion ist kein »nice to have« mehr**

Das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) ist am 28. Juni 2025 vollständig in Kraft getreten. Es setzt die EU-Richtlinie über Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (European Accessibility Act, EAA) in deutsches Recht um. Unternehmen, sind danach verpflichtet, bestimmte Produkte und Dienstleistungen barrierefrei anzubieten, um die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Auch gemeinnützige Organisationen sind zur Einhaltung verpflichtet. Sie müssen ihre digitalen Angebote, wie Websites und Apps barrierefrei gestalten. Für sehr kleine Dienstleistungs-Unternehmen gilt eine Ausnahme. Weitere Informationen halten beispielsweise die Aktion Mensch e.V. oder die Bundesfachstelle Barrierefreiheit bereit.

Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG): <https://bfs-gesetz.de/>

Weitere Informationen der Aktion Mensch: <https://www.aktion-mensch.de/inklusion/barrierefreiheit/barrierefreiheitsstaerkungsgesetz#was>

Weitere Informationen der Knappschaft Bahn See: [https://www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de/DE/Fachwissen/Produkte-und-Dienstleistungen/Barrierefreiheitsstaerkungsgesetz/FAQ/faq\\_node.html](https://www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de/DE/Fachwissen/Produkte-und-Dienstleistungen/Barrierefreiheitsstaerkungsgesetz/FAQ/faq_node.html)

- **Antwort der Bundesregierung: Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen**

Über 500.000 Organisationen sind in Deutschland als gemeinnützig anerkannt – überwiegend Vereine, aber auch Stiftungen, gGmbHs und Genossenschaften. Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion. Die Antwort verdeutlicht nicht nur die Vielfalt und Relevanz zivilgesellschaftlicher Akteure, sondern auch bestehende Lücken: So fehlt eine ressortübergreifende Zuständigkeit der Bundesregierung für gemeinnützige Organisationen – mit Folgen für die Kohärenz und Sichtbarkeit engagementpolitischer Maßnahmen.

Pressemitteilung: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1093686#:~:text=Berlin%3A%28hib%2FBAL%29EinehalbeMillionOrganisationensindin,alsgemeinn%C3%BCtzigeK%C3%B6rperschaftenimSinnedesSteuerrechtsanerkant>

Antwort der Bundesregierung (PDF):

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/004/2100464.pdf>

- **Handreichung: Klare Kante für Gleichstellung**

Antifeminismus bedroht Gleichstellung, Demokratie und das Engagement vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen. Der Deutsche Frauenrat legt mit der neuen Handreichung »Klare Kante für Gleichstellung« praxisnahe Empfehlungen für Verbände, Initiativen und Fachöffentlichkeit vor. Sie zeigt, wie Antifeminismus wirkt, wo er sich ballt und wie sich Organisationen wirksam dagegen positionieren können – auch im Umgang mit Anfeindungen und Desinformationskampagnen. Ziel ist es, demokratische Strukturen zu stärken und solidarische Bündnisse zu fördern.

Handrichtung: Klare Kante für Gleichstellung: <https://www.frauenrat.de/handreichung-argumente-gegen-antifeminismus/>

- **Studie zu kompetenzbasiertem Engagement**

Wie verbreitet ist kompetenzbasiertes Corporate Volunteering in Unternehmen und im gemeinnützigen Sektor? Welche Voraussetzungen fördern die Beteiligung weiterer Akteure? Und welchen konkreten Mehrwert schafft der gezielte Einsatz beruflicher Kompetenzen für alle Beteiligten? Diesen Fragen widmet sich eine bundesweite Studie des Hauses des Stiftens und der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Sie analysiert Erfolgsfaktoren und Rahmenbedingungen von skills-based Corporate Volunteering mit besonderem Fokus auf zivilgesellschaftliche Organisationen. Die Studie liefert quantitative Daten, beleuchtet verschiedene Formate und Herausforderungen und gibt praxisnahe Empfehlungen für eine erfolgreiche Umsetzung.

Weitere Informationen: [https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/laufende-forschung/kompetenz-trifft-engagement-wirkung-und-potenziale-von-skills-based-volunteering/?utm\\_source=CleverReach+GmbH+%26+Co.+KG&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=SNL+Umfrage+Skills-based+Volunteering&utm\\_content=Mailing\\_15086287](https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/laufende-forschung/kompetenz-trifft-engagement-wirkung-und-potenziale-von-skills-based-volunteering/?utm_source=CleverReach+GmbH+%26+Co.+KG&utm_medium=email&utm_campaign=SNL+Umfrage+Skills-based+Volunteering&utm_content=Mailing_15086287)

Umfrage: NPO-Studie Skills-Based Corporate Volunteering:

[https://forms.office.com/pages/responsepage.aspx?id=NzvExTnpJUmXn\\_P-L54j2YaUjZqHqSVNkIvWUbdOUApUQVYzMFJBNzFQVVBaV0pSWE82RzZaT1kyTi4u&utm\\_source=CleverReach+GmbH+%26+Co.+KG&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=SNL+Umfrage+Skills-based+Volunteering&utm\\_content=Mailing\\_15086287&route=shorturl](https://forms.office.com/pages/responsepage.aspx?id=NzvExTnpJUmXn_P-L54j2YaUjZqHqSVNkIvWUbdOUApUQVYzMFJBNzFQVVBaV0pSWE82RzZaT1kyTi4u&utm_source=CleverReach+GmbH+%26+Co.+KG&utm_medium=email&utm_campaign=SNL+Umfrage+Skills-based+Volunteering&utm_content=Mailing_15086287&route=shorturl)

- **DF-JAHRESBERICHT 2024/25**

Unser Berichtsjahr von April 2024 bis März 2025 war geprägt von politischen Umbrüchen wie dem Ende der Ampelkoalition, den Wahlkämpfen zum EU-Parlament und Bundestag und dem weiteren Erstarren antidemokratischer und gleichstellungsfeindlicher Kräfte. Diese Entwicklungen forderten uns heraus – und zeigten zugleich, wie wichtig unsere Arbeit ist. Der Deutsche Frauenrat bewies einmal mehr, dass wir als frauen- und gleichstellungspolitische Zivilgesellschaft Politik und Gesellschaft aktiv und wirkmächtig mitgestalten. So konnten wir im Wahlkampf und im Koalitionsvertrag zentrale frauenpolitische Forderungen verankern.

Mehr dazu: <https://www.frauenrat.de/df-jahresbericht-2024-25/>

- **Berliner Senat beschließt Landespflegeplan**

Der Berliner Senat hat es sich zum Ziel gesetzt, die Pflegestrukturen in Berlin innovativ zu denken und aktiv an deren Weiterentwicklung zu arbeiten. Dafür liefert der auf Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, Dr. Ina Czyborra, beschlossene Landespflegeplan 2025 eine wesentliche Grundlage. Er beschreibt die gegenwärtige pflegerische Angebotsstruktur, die Entwicklung der Zahl pflegebedürftiger Menschen im Land Berlin und deren Versorgungssituation und trifft Prognosen über Entwicklungspfade. Darüber hinaus stellt der Plan die kurz- und mittelfristigen Vorhaben des Berliner Senats zur Absicherung und Verbesserung der langzeitpflegerischen Versorgung in Berlin dar. Mit dem Landespflegeplan werden außerdem neue Berichtssysteme eingeführt, die regelmäßig aktualisiert und bei Bedarf angepasst werden sollen.

Der Landespflegeplan 2025 sowie alle begleitenden Daten und Informationen sind auf der Website der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege unter folgender Adresse abrufbar: <https://www.berlin.de/sen/pflege/planung-und-zusammenarbeit/landespflegeplan/>.

- **Nachhaltigkeitsberichterstattung: Neuer Gesetzentwurf zur Umsetzung europäischer Vorgaben veröffentlicht** (PM 10. Juli 2025)

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat heute einen neuen Gesetzentwurf veröffentlicht, mit dem die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in das deutsche Recht umgesetzt werden soll. Bereits die vergangene Bundesregierung hatte einen Entwurf zur Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) vorgelegt. Das Gesetzgebungsverfahren wurde jedoch seinerzeit nicht abgeschlossen. Die CSRD zielt darauf ab, dass bestimmte Unternehmen über die sozialen und ökologischen Auswirkungen und Risiken ihrer Geschäftstätigkeit berichten. Ziel des heute veröffentlichten Gesetzentwurfs ist eine möglichst bürokratiearme Umsetzung der Richtlinie.

Die CSRD ist Teil des „European Green Deal“. Mit der sogenannten Stop-the-Clock-Richtlinie hat die EU die Vorgaben der CSRD zwischenzeitlich modifiziert: Für eine sehr große Zahl betroffener Unternehmen wurde die Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung zeitlich aufgeschoben. Darüber hinaus hat die EU-Kommission inhaltliche Erleichterungen und Vereinfachungen der Vorgaben vorgeschlagen. Die Bundesregierung unterstützt diese Initiative zum Abbau von Bürokratie nachdrücklich.

Der heute veröffentlichte Gesetzentwurf zur Umsetzung der CSRD folgt dem Prinzip der 1:1-Umsetzung: Er geht nicht über das hinaus, was europarechtlich geboten ist. Er berücksichtigt auch bereits die zeitliche Verschiebung der Vorgaben durch die Stop-the-Clock-Richtlinie. Insbesondere Folgendes ist nach dem Entwurf vorgesehen:

Pflicht zur Abgabe eines Nachhaltigkeitsberichts

Betroffene Unternehmen sollen künftig zusammen mit ihrem Jahresabschluss einen sogenannten Nachhaltigkeitsbericht veröffentlichen müssen. Darin sollen sie über die

sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit berichten müssen. Umfang und Detailgrad der Nachhaltigkeitsberichterstattung sollen gesetzlich geregelt werden. Die Vorgaben gehen über die schon heute geltenden Berichtspflichten zu Nachhaltigkeitsinformationen hinaus.

#### Schrittweises Inkrafttreten

Die neuen Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung werden lediglich bestimmte Unternehmen treffen und sie sollen schrittweise in Kraft treten. Ab dem Geschäftsjahr 2025 sollen Unternehmen berichtspflichtig werden, die bilanzrechtlich als „groß“ gelten, kapitalmarktorientiert sind oder ein Kreditinstitut oder Versicherungsunternehmen sind. Zusätzliche Voraussetzung ist, dass sie im Jahresdurchschnitt mehr als 1.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Welche weiteren Unternehmen nach den europäischen Vorgaben ab dem Geschäftsjahr 2027 über ihre Nachhaltigkeit berichten müssen, wird derzeit noch in Brüssel verhandelt.

#### Prüfung durch Wirtschaftsprüfer

Die Angaben in den Nachhaltigkeitsberichten sollen künftig durch Wirtschaftsprüfer geprüft werden müssen. Es soll sichergestellt werden, dass die Prüfung durch sachkundige, unabhängige und für diese Aufgabe qualifizierte Prüfer erfolgt, die strengen Berufsgrundsätzen, einer fortlaufenden Qualitätskontrolle und der Berufsaufsicht unterliegen. Zu diesem Zweck sollen die berufsrechtlichen Regelungen der Wirtschaftsprüferordnung angepasst werden.

Der Entwurf wurde heute an die Länder und Verbände verschickt und auf der Internetseite des BMJV veröffentlicht. Die interessierten Kreise haben nun Gelegenheit, bis zum 21. Juli 2025 Stellung zu nehmen. Die Stellungnahmen werden ebenfalls auf der Internetseite veröffentlicht.

Entwurf: [https://www.bmjb.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/2025\\_CSRD-UmsG.html](https://www.bmjb.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/2025_CSRD-UmsG.html)

- **Alterssurvey zeigt: Menschen in der Lebensmitte stärker einsam als im Rentenalter**

Wie einsam sich ein Mensch fühlt, steht in einem statistischen Zusammenhang mit seinem Alter, seinem Einkommen und der Frage, ob er oder sie einem Beruf nachgeht.

Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Karin Prien: „Einsamkeit betrifft längst nicht nur ältere Menschen – auch in der Lebensmitte ist sie weit verbreitet, oft unsichtbar und unterschätzt. Gerade in dieser Lebensphase ist das Gefühl zwar nicht für alle, aber doch für einige besonders ausgeprägt. Zwischen beruflichem Druck und familiären Verpflichtungen fehlt vielen das Erleben von echter Verbundenheit. Die Folgen von Einsamkeit sind gravierend – für die psychische Gesundheit, das soziale Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb setzen wir gezielt dort an, wo Menschen einander begegnen: im Arbeitsleben, im Ehrenamt, in Schulen, Vereinen und sozialen Einrichtungen. Denn soziale Begegnungen und das Gefühl, gebraucht zu werden, verbessern unser Wohlbefinden. Mit der Allianz gegen Einsamkeit schaffen wir neue Impulse, um Menschen in der Mitte des Lebens wieder stärker in die Mitte der Gesellschaft zu rücken.“

Die detaillierten Ergebnisse sind nachzulesen in: Franz, M.-C., Stuth, S., & Huxhold, O. (2025). Einsamkeit in der zweiten Lebenshälfte – Vorkommen, Verteilung und die Rolle des Erwerbsstatus [DZA Aktuell 03/2025]. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. <https://doi.org/10.60922/e2ef-ct55>

- **Gleichstellung beginnt im Kopf**

Freiwillige Frauenquoten verbessern nicht nur die Karrierechancen von Frauen – sie können auch ein Umdenken in der gesamten Belegschaft bewirken.

Gleichstellung im Betrieb ist kein Selbstläufer. Zwar sind viele Unternehmen bemüht, die Karrieremöglichkeiten für Frauen zu verbessern – doch wie gut wirken solche Maßnahmen tatsächlich? Und wie beeinflussen sie das Denken der Beschäftigten über Geschlechterrollen? Dieser Frage sind die Sozialwissenschaftlerinnen Eileen Peters vom WSI und Anja-Kristin Abendroth von der Universität Bielefeld nachgegangen. Ergebnis: In Betrieben mit freiwilligen Frauenquoten sind die Beschäftigten egalitärer eingestellt, was Vorstellungen über Geschlechterverhältnisse in der Arbeitswelt betrifft. Für Mentoring-Programme lässt sich ein solcher Zusammenhang nicht eindeutig nachweisen. Dies könnte auch daran liegen, wie solche Programme in der Praxis umgesetzt werden. Mehr: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-gleichstellung-beginnt-im-kopf-70354.htm>

- **Unser DGB-Steuerkonzept: Mit Steuergerechtigkeit Demokratie und Zusammenhalt stärken - Wie der Staat Beschäftigte und Familien entlasten kannUngleichheit bekämpfen - Steuern ändern**

Das reichste 1 Prozent der deutschen Bevölkerung besitzt rund ein Drittel des Gesamtvermögens, die untere Hälfte gerade einmal 2,9 Prozent. Das DGB Steuerkonzept sieht deshalb eine Vermögensteuer vor. Diese würde große Vermögen ab 1 Million Euro wieder stärker besteuern. Mit dem Mehr an Steuereinnahmen kann der Staat in die Infrastruktur investieren. Das ist bitter notwendig, damit Kommunen u.a. eine qualitative Kinderbetreuung ermöglichen können. Dadurch können Eltern wiederum Familie und Beruf besser vereinbaren.

Zum Konzept: <https://www.dgb.de/geld/steuerkonzept/>

- **Neue Fachstelle Identifizierung besonderer Schutzbedarfe**

Seit Ende Mai gibt es die Bundesweite Zivilgesellschaftliche Fachstelle Identifizierung und Umsetzung besonderer Schutzbedarfe – insbesondere für geflüchtete Menschen - in Berlin. Ihre Aufgabe ist es, Voraussetzungen für die systematische Identifizierung und die Umsetzung besonderer Schutzbedarfe zu verbessern und Fachkräfte aus Zivilgesellschaft, Behörden und Ministerien diesbezüglich zu unterstützen und zu vernetzen. Auf der zugehörigen Website können sich Fachkräfte und Interessierte zu rechtlichen und praktischen Grundlagen, weiterführenden Materialien sowie Fortbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten informieren.

Zur Website: <https://fachstelle-schutzbedarfe.de/>

- **Grundrechte in Europa stehen unter Druck**

Der Grundrechte-Bericht 2025 der EU-Agentur für Grundrechte (FRA) macht deutlich, dass die Bedrohung demokratischer Prozesse durch Desinformation, Falschinformationen und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz wächst und freie und faire Wahlen gefährden kann. Gleichzeitig bleiben Gewalt gegen Frauen und digitale Gewalt weit verbreitete Probleme. Rassismus, Diskriminierung und Hassrede, besonders im Internet, betreffen weiterhin insbesondere Minderheiten wie muslimische, jüdische, Schwarze sowie LGBTIQ-Personen. Die FRA fordert von der EU und ihren Mitgliedstaaten entschlossenes Handeln, um faire und sichere Wahlen zu garantieren, Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, alle Formen von Rassismus und Diskriminierung zu adressieren, Menschenrechte an den Grenzen zu wahren und digitale Technologien grundrechtskonform zu regulieren.

Zum Grundrechte-Bericht: <https://fra.europa.eu/de/news/2025/wahlmanipulation-gewalt-gegen-frauen-online-hetze-die-grundrechte-auf-eine-harte-probe>

- **GEWALTHILFEGESETZ**

Das im Februar dieses Jahres vom Bundesrat verabschiedete Gesetz hat zum Ziel, bundesweit einen kostenfreien und niedrigschwelligen Zugang zu Schutz- und

Beratungseinrichtungen für Frauen und deren Kinder sicher zu stellen. Gewaltbetroffene sollen ab 2032 einen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung bekommen.

Das neue Gewalthilfegesetz schafft erstmals eine verbindliche Grundlage für Hilfen bei geschlechtsspezifischer Gewalt und setzt zentrale Vorgaben der Istanbul-Konvention um.

Zielgruppe des Gesetzes sind Frauen, die von häuslicher oder geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind. Der Rechtsanspruch gilt also auch für weibliche Betroffene von Menschenhandel (zumindest von sexueller Ausbeutung). Das Gesetz benennt neben Frauenhäusern auch Fachberatungsstellen als Einrichtungen im Sinne des Gesetzes. Eine Grundlage ist, dass sie durch einen (nach § 7) anerkannten Träger betrieben werden oder einem solchen angeschlossen sind. Der Mitgliedschaft eines Trägers bei einem anerkannten Verband der freien Wohlfahrtspflege oder der Förderung des Trägers durch einen anerkannten Verband der freien Wohlfahrtspflege sollen im Anerkennungsverfahren Rechnung getragen werden. Die Mitgliedschaft eines Trägers in einem Fachverband ist angemessen zu berücksichtigen. Als ein solcher Fachverband ist in der Gesetzesbegründung auch explizit der KOK benannt.

Die Bundesländer werden verpflichtet, Bestandsanalysen und Entwicklungsplanungen durchzuführen, um den Bedarf zu ermitteln und entsprechend Schutzplätze zu schaffen.

Im Gesetz heißt es dazu (in § 8 Ausgangsanalyse und Entwicklungsplanung):

„(1) Die Länder ermitteln den Bestand von Schutz- und Beratungskapazitäten einschließlich deren Versorgungsdichte. Sie führen eine Analyse zur Bestimmung der erforderlichen Schutz- und Beratungskapazitäten durch, planen darauf aufbauend die notwendige Entwicklung eines Netzes an Schutz- und Beratungsangeboten mit Darstellung der zeitlichen Abfolge sowie weiterer Maßnahmen zur Aufgabenerfüllung nach § 1 Absatz 2 und stellen ein Finanzierungskonzept auf.

(2) Die Analyse zur Bestimmung der erforderlichen Schutz- und Beratungskapazitäten richtet sich nach dem tatsächlichen Bedarf an bedarfsgerechten und niedrighwelligen Schutz- und Beratungsangeboten in ausreichender Zahl und angemessener geografischer Verteilung. Sie berücksichtigt regionale Strukturen.“

Die Analysen und Entwicklungsplanungen starten bereits, sie sollen bis zu einem durch das Bundesland festgelegten Stichtag (aber vor 2027) abgeschlossen sein. Die Analyse und Finanzierungsplanung soll dann alle fünf Jahre stattfinden.

Der Bund beteiligt sich mit 2,6 Milliarden an den Kosten, die Umsetzung liegt bei den Bundesländern.

Die Frauenhauskoordinierung stellt ein kompaktes Fact Sheet -

[https://www.frauenhauskoordinierung.de/fileadmin/redakteure/PDF/20250224\\_Factsheet\\_GHG.pdf](https://www.frauenhauskoordinierung.de/fileadmin/redakteure/PDF/20250224_Factsheet_GHG.pdf) - zu Gesetzesinhalten, Anspruchsberechtigten und

Tatbestandsvoraussetzungen bereit – darüber hinaus ergänzt sie das Angebot durch eine umfassende FAQ-Seite -

<https://www.frauenhauskoordinierung.de/arbeitsfelder/rechtsanspruch-auf-schutz/gewalthilfegesetz> .

- **Algorithmische Diskriminierung melden**

Zahlreiche Institutionen setzen in unterschiedlichsten Bereichen automatisierte Entscheidungssysteme ein. Sie bearbeiten Steuererklärungen, analysieren Bewerbungen, erstellen Empfehlungen, prognostizieren potenzielle Straftaten oder berechnen Integrationschancen von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt. Diese Systeme sind nicht objektiv. Sie basieren auf Daten, die von Menschen ausgewählt, strukturiert und bewertet wurden – und damit auch auf deren Sichtweisen, Vorannahmen und Interessen. Dadurch

können bestehende gesellschaftliche Diskriminierungen unreflektiert übernommen und durch die Algorithmen verstärkt oder fortgeschrieben werden. Seit Mai könnt ihr auf der Website von Algorithm Watch Diskriminierung durch den Algorithmus melden. AlgorithmWatch möchte untersuchen, wie groß das Problem ist und wie die Schäden aussehen, die automatisierte Systeme anrichten können. Eure Hinweise können dabei helfen, algorithmische Diskriminierung sichtbarer zu machen und für sinnvolle Regulierungen einzutreten.

zur Website von Algorithm Watch: <https://algorithmwatch.org/de/>

- **Mehr Bock auf Arbeit?**

Entgegen dem europäischen Trend soll in Deutschland die tägliche Arbeitszeit verlängert werden. Warum die aktuelle Debatte ein Rückschritt ist.

ährend in vielen europäischen Ländern Arbeitszeitverkürzung als Zukunftsprojekt gilt, wirkt Deutschland wie aus der Zeit gefallen. Die spanische Regierung plant ein „Recht auf Abschalten“ und eine generelle Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 37,5 Stunden. Im Öffentlichen Dienst und in den großen Konzernen ist diese jetzt schon üblich. In Schweden hat der größte Gewerkschaftsdachverband LO sich das Ziel gesetzt, eine generelle Verkürzung der regulären Arbeitszeit von derzeit gesetzlich 40 Wochenstunden zu erreichen und hat dies zur zentralen Forderung in der anstehenden Tarifrunde gemacht. In Frankreich arbeiten Beschäftigte bereits seit dem Jahr 2000 – wenn auch mit einem gewissen Maß an Flexibilität – nur 35 Stunden pro Woche. Und die Dänen? Sie arbeiten seit den 1990er Jahren ebenfalls im Normalfall nur 37 Stunden die Woche, verteilt auf meist fünf Tage mit rund 7,5 Stunden pro Tag – mehrheitlich inklusive Pausen, die hier tariflich geregelt als Arbeitszeit gewertet werden.

Mehr [https://www.ipg-journal.de/rubriken/arbeit-und-digitalisierung/artikel/mehr-bock-auf-arbeit-8412/?utm\\_campaign=de\\_40\\_20250715&utm\\_medium=email&utm\\_source=newsletter](https://www.ipg-journal.de/rubriken/arbeit-und-digitalisierung/artikel/mehr-bock-auf-arbeit-8412/?utm_campaign=de_40_20250715&utm_medium=email&utm_source=newsletter)

- **Die Not mit den Aufbewahrungspflichten**

Überall häufen sich Daten, fressen Speicherplatz und diese Datenhaufen werfen auch immer wieder Fragen auf. Kein Wunder, denn das Erheben und Sammeln von Daten findet im Spannungsfeld zwischen gesetzlichen Aufbewahrungsfristen und datenschutzrechtlichen Bestimmungen statt. Wir haben für Sie Informationen gesammelt und zusammengefasst.

Das hat gerade noch gefehlt: Die Mitgliederversammlung naht und der Kassenprüfer steht nicht mehr zur Verfügung. Welche Handlungsoptionen Vorstände haben und was sie beachten müssen, finden Sie in unserem Artikel dazu.

Menschen mit Handicap werden meist auf der Seite derer vermutet, die von Ehrenamtlichen unterstützt werden. Das ist aber zu kurz gesprungen, denn warum sollten sich nicht auch Leute mit Behinderung aktiv im Verein einbringen? Wir geben Denkanstöße und Tipps, wie sich Vereine inklusiv aufstellen können.

Zum Magazin: [https://benedetto.deutsches-ehrenamt.de/vereinsmagazin/das-printmagazin/?utm\\_campaign=Benedetto%20Monatsmagazin&utm\\_medium=email&hse\\_nc=p2ANqtz--QqdzfcULgr-wwsTUECuomzvPJDTYptG6V8vIz6kWcNhyPfx3piQHnijQU4Wb3WGQRqS4KjTWlu1wj1PTklnsv8odvps2NTZg43aFX9uXtmq\\_QyLc&hsmi=113437807&utm\\_content=113437807&utm\\_source=hs\\_automation](https://benedetto.deutsches-ehrenamt.de/vereinsmagazin/das-printmagazin/?utm_campaign=Benedetto%20Monatsmagazin&utm_medium=email&hse_nc=p2ANqtz--QqdzfcULgr-wwsTUECuomzvPJDTYptG6V8vIz6kWcNhyPfx3piQHnijQU4Wb3WGQRqS4KjTWlu1wj1PTklnsv8odvps2NTZg43aFX9uXtmq_QyLc&hsmi=113437807&utm_content=113437807&utm_source=hs_automation)

Praxiswissen: Das Wann und Wie der Datenlöschung

[https://benedetto.deutsches-ehrenamt.de/vereinsmagazin/das-wann-und-wie-der-datenloeschung/?utm\\_campaign=Benedetto%20Monatsmagazin&utm\\_medium=email&hsenc=p2ANqtz-8iZUHrcWZtXbbChAisl4o42SCcrctegf-GyBRbbaEk2\\_mxKX2IOEe-4KD4hVjFX8bIq\\_kv4YyaM-q5OcWkXVaurkram\\_AzrqBqkH0Fq2QxdMUM-8&hsmi=113437807&utm\\_content=113437807&utm\\_source=hs\\_automation](https://benedetto.deutsches-ehrenamt.de/vereinsmagazin/das-wann-und-wie-der-datenloeschung/?utm_campaign=Benedetto%20Monatsmagazin&utm_medium=email&hsenc=p2ANqtz-8iZUHrcWZtXbbChAisl4o42SCcrctegf-GyBRbbaEk2_mxKX2IOEe-4KD4hVjFX8bIq_kv4YyaM-q5OcWkXVaurkram_AzrqBqkH0Fq2QxdMUM-8&hsmi=113437807&utm_content=113437807&utm_source=hs_automation)

- **Abschlussbericht der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“**

Die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ hat am 14. Juli 2025 dem Bundespräsidenten ihren Abschlussbericht übergeben. Hinter dieser Initiative stehen die Medienmanagerin und Aufsichtsrätin Julia Jäkel, die ehemaligen Bundesminister Thomas de Maizière und Peer Steinbrück sowie der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle. Der Abschlussbericht enthält demnach 35 konkrete, in Arbeitsgruppen erarbeitete Empfehlungen. Der Arbeitsgruppe „Digitaler Staat“ gehörte auch BSI-Präsidentin Claudia Plattner an. Wirklicher Wandel benötigt Prozesse, Strukturen und Führung, die einen echten Kultur- und Mindset-Change im öffentlichen Dienst ermöglichen.

Zum Bericht:

[https://www.ghst.de/fileadmin/images/01\\_Bilddatenbank\\_Website/Demokratie\\_staerken/Initiative\\_f%C3%BCr\\_einen\\_handlungsf%C3%A4higen\\_Staat/Abschlussbericht/Abschlussbericht\\_Fahne\\_Jaekel\\_Initiative\\_fur\\_einen\\_handlungsf%C3%A4higen\\_Staat\\_gesch%C3%BCtzt.pdf](https://www.ghst.de/fileadmin/images/01_Bilddatenbank_Website/Demokratie_staerken/Initiative_f%C3%BCr_einen_handlungsf%C3%A4higen_Staat/Abschlussbericht/Abschlussbericht_Fahne_Jaekel_Initiative_fur_einen_handlungsf%C3%A4higen_Staat_gesch%C3%BCtzt.pdf)

- **Aktualisierung rechtspolitischer Forderungskatalog zum Gemeinnützigkeits- und Steuerrecht**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) hat ihr Forderungspapier mit rechtspolitischen Empfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für gemeinnützige Körperschaften im Steuer- und Gemeinnützigkeitsrecht aktualisiert. Enthalten sind Forderungen u.a. für den Bereich der Katastrophenhilfe, der Einführung einer Business Judgment Rule und Klarstellungen zur Wohngemeinnützigkeit.

Einzelheiten von Juni 2025 hier: [https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/20250611\\_Rechtspolitische-Forderungsliste-final.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/20250611_Rechtspolitische-Forderungsliste-final.pdf)

- **Klima-Engagement in der Selbsthilfe**

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – das gilt auch insbesondere für Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen! Die BAG SELBSTHILFE e. V., Dachverband von rund 120 Selbsthilfeorganisationen, setzt sich deshalb im Projekt »Klimawandel und Selbsthilfearbeit« dafür ein, die Folgen der Klimakrise für diese Gruppen sichtbar zu machen und ihnen Wege zum Schutz und zur Anpassung aufzuzeigen. So entstanden bereits Arbeitshilfen zu Themen wie Hitze, Psyche, Ernährung und klimafreundlicher Verbandsarbeit. Alle Materialien sind kostenfrei abrufbar unter [www.bag-selbsthilfe.de/klimawandel](http://www.bag-selbsthilfe.de/klimawandel). Wie viele andere Organisationen gehört auch die BAG Selbsthilfe zu den Unterzeichner\*innen der »Charta des Klimaschutz-Engagements«. Weitere Informationen unter <https://engagiert-fuer-klimaschutz.de/charta/>

- **WZB-Mitteilungen (Juni 2025): Migration**

Das Juni-Heft der »WZB-Mitteilungen« versammelt Analysen und Thesen zu Fluchtgründen und Netzwerken, zu Normen und Bildungswegen, zu Antirassismus, Verteilungskonflikten und Grenzkontrollen. Weitere Beiträge thematisieren geschlechtsspezifische Gewalt und ihre Auswirkungen auf Migrationsabsichten, den Wandel politischer Einstellungen durch Migration sowie die Herausforderungen digitaler Kontrolle und biometrischer Internetfahndung. Diskutiert werden zudem Bildungserfolge in Migrationsgesellschaften sowie der Einfluss antirassistischer Proteste auf Wahlen. Somit bietet diese Ausgabe einen breit gefächerten Einblick in die aktuelle Migrationsforschung, der für Wissenschaft, Politik und Praxis relevant ist. Heft zum Thema Migration: <https://wzb.eu/de/migration>

- **Stärkung der Weiterbildungsbeteiligung und KI in der Beratung**

Am 10. Juli 2025 kamen rund 60 Berater:innen und Akteur:innen der Bildungs- und Weiterbildungsberatung aus Berlin zum diesjährigen B-Tag, dem zentralen Weiterbildungstag der Beratung zu Bildung und Beruf Berlin. Ziel war es, aktuelle Entwicklungen in der Bildungs- und Weiterbildungsberatung zu diskutieren, Impulse für die Praxis zu setzen und den gemeinsamen Austausch zu stärken.

Die Ergebnisdokumentation finden Sie in Form einer Online-Pinnwand hier:

<https://www.taskcards.de/#/board/3597f766-1568-4223-969e-670af6c608f6/view?token=a2646c30-6364-4a0c-8f33-bdded85f0a9a>

- **Literary Disability Studies. Aspekte einer inklusiven Philologie**

Auch wenn der Begriff „Behinderung“ jüngerem Datums ist, beschäftigen sich literarische Texte seit jeher mit der gesellschaftlichen und kulturellen Selbstverständigung über Phänomene verkörperter Differenz. Vor diesem Hintergrund berücksichtigt die gegenwärtige Literaturwissenschaft vermehrt Perspektiven der Disability Studies, die Behinderung weniger als individuell-medizinische denn als soziokulturelle Differenzkategorie verstehen, und untersucht im Sinne der Literary Disability Studies, welche bedeutungsstiftenden Funktionen Repräsentationen von Behinderung in literarischen Texten besitzen. Die Vorträge über Verhandlungen körperlicher oder psychischer Behinderungen in Literatur, Kunst und Medien der Gegenwart verbinden Einzelanalysen mit theoretischen Standortbestimmungen und gesellschaftspolitischen Überlegungen.

Die Vorträge der Ringvorlesung an der FU sind hier: <https://www.fu-berlin.de/sites/offenerhoersaal/literary-disability-studies/index.html>

- **FEMINA POLITICA, 01/2025 34. Jg. Christine Rudolf, Verena Löffler: Unbezahlte Arbeit und ihre gesellschaftliche und ökonomische Einordnung. Eine jährliche Berechnung für Deutschland von 2012 bis 2021, S. 125-135**

Die unbezahlte Arbeit als größter Wirtschaftsfaktor der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung führt in gängigen ökonomischen Betrachtungen nach wie vor ein Schattendasein. Dadurch werden politische Entscheidungen, die private Haushalte betreffen, basierend auf der Annahme getroffen, dass diese über eine unendliche Quelle von Arbeitskraft verfügen. Sowohl Überlegungen, Frauen als Fachkräfte für den formalen Arbeitsmarkt zu rekrutieren, als auch solche, staatliche Aufgaben unbegrenzt in die privaten Haushalte zu verlagern, weil öffentliche Einrichtungen unbezahlbar scheinen, gehen deshalb fehl. Dieser Beitrag fußt auf einer Auswertung der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP).

Der Vergleich der Wertschöpfung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit zwischen 2012 und 2021 zeigt deutliche Verschiebungen. Bezahlte Arbeit wurde in die unbezahlte Sphäre der Haushalte verlagert und insgesamt nahm das Volumen der in Haushalten geleisteten Arbeit nicht ab, sondern tendenziell zu. Vor allem die Pflegearbeit nimmt an Bedeutung zu. Die Zahl der Pflegebedürftigen stieg und die Zahl derer, die zu Hause gepflegt werden, stieg ebenfalls von 80 % in den 2010er-Jahren auf 86 % im Jahr 2023. Die Aufnahme der unbezahlten Arbeit in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die Fassung eines vierten Sektors der Sorge- und Versorgungswirtschaft erweitern das BIP um zwei wichtige Analysekatoren, die bei jährlicher Betrachtung erfassen können, wo und zu welchen ökonomischen Bedingungen für das Wohlergehen aller gearbeitet wird. Das BIP hätte dann seine Zuschreibung als Gradmesser des nationalen Lebensstandards verdient.